

Ercheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,30 Mt., monatlich 1,10 Mt., wöchentlich 25 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage 'Neue Welt' 10 Pfg. Post-Abonnement: 2,40 Mt. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mt., für das übrige Ausland 2 Mt. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Regierung-Verzeichnisse für 1892 unter Nr. 6623.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitspalte oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Gernsperg-Druckerei, Amt 7, Nr. 4156.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 17. März 1892.

Expedition: Beuth-Strasse 3.

### Das monarchische Bewußtsein.

Es gelingt nichts mehr! Vor ein paar Jahren, als das Bismarck'sche Regime mitten im besten Abwirthschaften war und ein kompromittirender Skandal den anderen jagte — da ging dieses Wort, welches die Situation so treffend lenzeichnete, durch die ganze Presse. Es gelang wirklich nichts mehr, und das monarchische Bewußtsein, welches unter dem Eindruck glücklich geführter Kriege und einer rapiden ökonomischen Fortentwicklung in der gesammten Bourgeoisie mächtig gesteigert war, als dessen Prophet und ritterlicher Vorkämpfer sich der damals noch regierende Kanzler aus leicht begreiflichen Gründen im Parlamente aufzuspielen liebte, dies preussische staatsbehaltende Bewußtsein empfing einen Nackenschlag nach dem andern. Die Kaiser Wilhelm-Legende, die diesen Fürsten zu dem weitausschauenden Bewirker des deutschen „Einheitsstraumes“ gestempelt hatte, brach durch Gessen's Veröffentlichung des kronprinzlichen Tagebuchs in sich zusammen. Es half kein Sträuben, dem Kaiser war seine volksthümliche Rolle ganz äußerlich durch den Gang der Ereignisse aufgezwungen worden. Wilhelm I. hatte brandenburgische Hausmacht, aber durchaus keine deutschen Freiheitsideale verfolgt. Die „List der Geschichte“ war es, die ihn zum deutschen Einheitsgründer wider Willen ausriefen. Das schwere Leiden und der frühe Tod seines Erbten erregten in sehr weiten Kreisen menschliches Mitleid, aber auch hier wurde die Legendenbildung, „des Glaubens liebste Kind“, durch die Erinnerungen, welche der äußerst wohlgesinnte Gustav Freitag veröffentlichte, in der höchst empfindlichen Weise gestört. Prachtliebe und Phantasie schienen Friedrich III. für das patriotische Gemüth gar zu stark beeinflusst zu haben.

Doch wer hätte gedacht, daß der Ferkelungsprozess des monarchischen Bewußtseins in dieser reizend schnellen Weise vor sich gehen würde, wie es in der letzten Zeit geschehen! Als der jetzige Kaiser Bismarck entließ und das Sozialistengesetz aufgehoben, da glaubten sehr Viele wirklich an den neuen Kurs, und die gelegentlichen Reden, in denen der Fürst seinen radikalen Gegensatz zu allem, was sich irgendwie moderne Weltanschauung nennen kann, mit wünschenswerthester Schärfe betonte, wurden von großen Massen mit Sanftmuth kommentirt. Man hielt sich an die Werke und nicht an die Worte, und die Werke machten auf ein Geschlecht, das die überhaup monarchischen Gefühle zugänglich sind, (die stärkste Partei Deutschlands rechnet bekanntlich nicht dazu), größte Popularität zu erlangen. Natürlich hätte mit einzelnen Äliquen energisch gebrochen werden müssen. Aber man denke, welchen Eindruck hätte bei dem herrschenden furchtbaren Nothstande eine Aufhebung oder auch nur eine Suspension der Getreidezölle, wie sie allgemein gefordert wurde, hervor gebracht! Welcher Lorbeer wäre leichter zu erreichen, welcher ein populärerer Schmutz gewesen?

Aber das echte Königthum von Gottes Gnaden will populär sein, ohne es nöthig zu haben, für seine Popularität etwas zu thun. Friedrich Wilhelm I. pflegte Bürger, die aus Angst auf der Straße vor ihm davon liefen, mit dem Krückstock zu bearbeiten, denn: Ihr sollt mich nicht fürchten, ihr sollt mich lieben, ihr Raders. Die Regierung behandelte schroff, hielt die Getreidezölle aufrecht, sie brüskirte im Parlament, kein Mensch wußte warum, die Freisinnigen, und schien es überhaupt für ihre Pflicht zu halten, Stärke dadurch zu beweisen, daß sie gegen den Strom schwamm, wie Herr von Caprivi so schön sagte. Ihr bis jetzt stattliches Monument hat sie sich in dem famosen Volksschul-Gesekentwurf errichtet. Der Theolog Paul Göhre in seinem „Drei Monate als Fabrikarbeiter“ läuft gewiß ideologischen Trugbildern nach, wenn er durch eine Wünderung des dogmatischen Konfessionalismus auf der Volksschule die Armeen der Sozialdemokratie für das Christenthum (freilich ein aufgeklärteres) zurückzugewinnen hofft; aber wie unendlich hoch steht er dabei über einer Richtung, welche eben durch Ausbildung dieses Konfessionalismus, dessen Bande heute selbst für die schwächsten Köpfe zu eng sind, die christliche Gesinnung zu propagiren und mit ihr den Sozialismus auszutreiben vermeint!

Beim Volksschul-Gesekentwurf ging der Spektakel auf der ganzen liberalen Linie los. Der früher mehr zurückgehaltene Groll einzelner Kreise über Bismarck's Entlassung, über die Handelsverträge und manches andere hatte eine vortreffliche Gelegenheit gefunden, sich Luft zu machen. Jedoch sicherlich wäre es verkehrt, wollte man die ganze Opposition hierauf zurückführen. Prinzipiell steht ja, wie unsere Presse oft genug betont hat, die deutsche Bourgeoisie dem neuen Gesekentwurf durchaus nicht feindlich gegenüber. Der Muth der Freidenkerei ist ihr längst jammervoll abhanden gekommen, wie die liberale Enttäuschungsmeierei beweist, als Caprivi seinen Frochmäusekrieg als den Kampf zwischen Christenthum und Atheismus bezeichnete. Aber trotz der ungläublichen Heuchelei, zu welcher sich unsere „Besitzenden und Gebildeten“ in Sachen der Religion heranzogen haben, ein gewisser Rest halbunkler heftiger Gedanken spukt noch in ihrer Seele fort. Sie bilden sich nicht wenig darauf ein, thurnhoch über den lutherischen und katholischen Orthodoxen zu stehen, doch soll ihnen dies Bewußtsein — ebenso wie der Gesamtvorwath ihrer sonstigen fortgeschrittenen Ueberzeugungen — möglichst wenig kosten. Und nun war die Regierung in ihrem Ueberreifer, den Sozialismus, diese modernste Bewegung, mit den allerältesten und abgestumpften Waffen zu bekämpfen, taktlos genug, eine Vorlage einzubringen, bei der das Bürgerthum nothwendig Farbe bekennen mußte! Sie annehmen, war ein eilatanter Bruch mit jenem heimlichen idyllischen Ueberzeugungs-vorwath, ein offenes Zusammenknicken vor dem taubinischen Joch der Orthodoxie. Kein Wunder, daß der helle Unwille auf allen Seiten hervorbrach und sogar das allerloyalste Professorenthum, die Leibgarde der Hohenzollern (ein Titel, den ihm übrigens kein böshafter Satiriker, son-

dern Kollege Dubois-Reymond in vollem Ernste gab) mit allerunterthänigsten Gegenpetitionen auf den Kampfplatz rückte.

Der Spektakel hat keine große unmittelbare politische Bedeutung, das ist wahr; denn der liberale Mannesmuth vor Königsthronen steht bekanntlich im umgekehrten Verhältnis zu den Entfernungen vom Königsthron. Ein Erfahrungssatz, der durch die Bewilligung der 10 Millionen für den vom Kaiser gewünschten Dombau Bestätigung findet. Also die liberalen Herren im Abgeordnetenhaus capituliren schon munter darauf los — um sich nicht zu kompromittiren, während draußen im Lande, wo man weit vom Schusse ist, noch starke „Entrüstung“ herrscht. Unmittelbar, wie gesagt, hat die Regierung davon nichts zu fürchten, aber die mittelbaren Folgen dürften denn doch etwas gefürchtet werden. Unzweifelhaft wird eine geistige Prädisposition geschaffen, die sehr wenig Aehnlichkeit mit dem monarchischen Bewußtsein früherer Jahre hat, und starke Massen in das Lager der einzigen prinzipiellen Oppositionspartei — der gefürchteten Sozialdemokratie — treiben wird.

In diese Stimmung schlug die letzte Kaiserrede hinein, welche die „Rörgler“ auffordert, den Staub von ihren Partoffeln zu schütteln und auszuwandern, welche, jede Spur von Beweisführung stolz verschmähend, feierlich versichert, des Kaisers Kurs sei der richtige und werde weiter geteuerert, welche das päpstliche Unsehlbarkeitsdogma ins weltlich Monarchische überseht, den „großen Altkirten von Nothbach“ für den „neuen Kurs“ engagirt — und das alles in Wendungen und Vergleichen, die in der modernen Welt sehr schwer auf Verständniß rechnen können! Die Herren Staatsanwälte sorgen dafür, daß auf derartige temperamentvolle Reden in der Presse nur sehr temperamentslos geantwortet werden kann. Aber trotz aller Fingergeln des Besekes — die tiefe Erregung, der erbitterte Unmuth, der, wie es scheint, fast das gesammte politisch aktive Bürgerthum ergriffen hat, wurde immerhin für deutsche Verhältnisse klar genug in den Blättern angedeutet. Wenn die Zeitungen so schreiben, kann man sich einen Begriff machen, wie ihre Leser denken.

Daß, während der Kaiser sich das Recht vorbehält, seinen Gegnern in den schärfsten Redewendungen entgegenzutreten, jede Antwort dieser Gegner, sobald sie eine Spur von Temperament verräth, als Majestätsbeleidigung vor die Gerichte geschleppt wird, bleibt natürlich auch nicht ohne Wirkung.

Das monarchische Bewußtsein ist ebensowenig wie das religiöse eine abstrakte Ueberzeugung, als welche sie konstitutioneller und kirchlicher Liberalismus hinstellen möchte. Setzt sich der Monarch in thatkräftigen Gegensatz zu dem monarchisch denkenden Massen, so wird — unter den heutigen Verhältnissen nothwendig — auch das monarchische Denken dieser erschüttert werden müssen. Unwiderbringlich — so etwa schrieb ein Freikonservativer, Herr Delbrück — ist wiederum ein Stück der alten Traditionen hinweg geschwemmt.

### Heuiletton.

(Manuskript verboten.)

### Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Bänden von A. Otto Walster.

Ich möchte Sie doch sehr bitten, Herr Wehrhahn, sich Ihrer eigenen Worte besser zu erinnern. Sie sagten damals zu mir die demwürdigen Worte: „Herr Dr. Weiser“, sagten Sie, „es ist nöthig, daß wir den Antrieben jener Revolutionäre ein Ende machen; zerstück-mettern Sie mir diese Leute ein für alle Mal!“ Und ich habe mich hingeseht und sie zerstück-mettern.“  
„Sie sind, wie immer viel zu schroff gewesen.“  
„Entschuldigen Sie, Herr Wehrhahn, ich habe Ihnen den betreffenden Artikel vorher vorgelesen und Sie haben mir Ihre höchste Befriedigung darüber ausgedrückt.“  
„Nicht, daß ich wüßte; und übrigens müssen Sie selbst wissen, was Sie zu thun haben, dafür halte ich sachverständige Leute in meinem Geschäft, die selber wissen müssen, was sie zu thun und zu lassen haben.“  
„Sie reden uns aber in Alles hinein.“  
„Wo es nöthig ist, selbstverständlich; denn es ist mein Geschäft, und da muß ich selbst zusehen, sonst ginge Alles aus Rand und Band. Ich habe das längst gesehen; mit den Herren Literaten läßt man Schliff.“  
„Nun, dann würde ich meine Zeitung an Ihrer Stelle allein besorgen,“ rief Dr. Weiser ergrimmt.

„Das Beste war's allerdings, wenn ich nur die Zeit dazu hätte. Solche Sachen können dann ganz gewiß nicht vor. Es ist eine wahre Schande, wenn man den Leuten sein Vertrauen schenkt und wird so enttäuscht.“

„Nun, da schlag' doch das Donnerwetter drein, Herr Wehrhahn; denken Sie denn, wir sind Esel und Dohsen, die von Ihnen Weisheit zu lernen haben? Sie können ja keine fünf Zeilen ordentlich schreiben, ohne grammatikalische Schnitzer zu machen, und wollen uns lehren, wie wir zu schreiben haben? Sie sind ausgebläht vor Hochmuth, weil andere Leute Ihre Zeitung in die Höhe gebracht haben und es Ihnen mit dem Redaktionswechsel so ziemlich gegliückt ist. Wir hören anstandslos Ihre Esellei an, das ist alles, was Sie verlangen können, und nun wollen Sie uns gar noch Hofmeistern? Der Teufel soll da Mitarbeiter an so einem Blatte sein.“

„Sie können ja gehen, Sie können ja gehen,“ höhnte Wehrhahn in höchster Wuth, „es hält Sie doch Niemand bei diesem faulen Geschäft zurück, Herr Dr. Weiser?“

„Gehen? ja, gehen, das ist immer das letzte Wort dieser Sorte von Prinzipalen, zumal wenn sie wissen, daß den Schriftsteller der Schuß in Geldsachen brückt. Aber Sie sollen es mir zum letzten Male gesagt haben, ich werde gehen.“

„Es ist mir lieb, Herr Weiser; gehen Sie so schnell wie möglich, aber zahlen Sie mir vorher Ihren Vorschuß zurück.“

„Ich habe jetzt kein Geld; Sie können mich verklagen, ich werde beim neuen Volksblatt hoffentlich so viel verdienen, um Sie befriedigen zu können.“

„Beim neuen Volksblatt?“ riefen hier mehrere Stimmen zu gleicher Zeit.

„Ja, beim neuen Volksblatt, an das ich mich sogleich wenden werde; ich habe an diesem liberalen Blatte die Liberalität und den Liberalismus gründlich kennen gelernt, und will einmal sehen, wie es Herrn Wehrhahn, der sich's, wie es scheinen wollte, zum Vergnügen machte, mich zu Hofmeistern, gefallen wird, wenn er einmal von mir zerstück-mettern wird.“

Wehrhahn lämpfte sichtlich Weise einen schweren Kampf zwischen verlehter Eitelkeit und geschäftlicher Besorgniß, aber die erstere Eigenschaft mußte unter so vielen Zeugen, welche mit großer Spannung auf den Schluß dieser eigenenthümlichen Szene blickten, die Oberhand behalten — er schwieg.

Dr. Raffmans aber, welcher immerdar nur das Geschäft im Auge behielt und welcher mit großem Verdrusse der Szene beigewohnt hatte, rief:

„Zum Teufel, Herr Wehrhahn, Sie wollen doch nicht gar mit Gewalt und aus bloßem Aerger dem Gegner unsere besten Leute in den Rücken jagen?“

„Ich mache in meinem Geschäft, was ich will; die Zeitung ist mein,“ erwiderte der Buchdruckereibesitzer, durch diese neue Zurechtweisung auf's Aeußerste ergrimmt.

„Sie machen was Sie wollen, Herr Wehrhahn? Gut, thun Sie das, ich denke, da werden wir auch machen, was wir wollen, dann braucht die liberale Partei, die bis jetzt Ihr Organ benützt hat, ein neues; das werden wir zu beschaffen wissen. Sie mögen dann zusehen, wie Sie zwischen unserem liberalen Parteiorgan und dem neuen Volksblatt Abber „Allgemeinen Zeitung“ das Leben fristen.“



Und das eben ist die Sorge aller weiterschauenden Politiker, daß in die früher so geschlossenen Kolonnen der „Ordnungspartei“ durch die persönlichen Wünsche und Aneben des Kaisers Opposition hineingetragen würde. Das ist es, was ihrem Grolle seine geheime Bitterkeit giebt. Sie wissen, der gemeinsame Gegner, das sind die stets mächtiger anschwellenden Arbeiterbataillone der modernen Sozialdemokratie. Vor dieser großen Gefahr da sollten alle kleinen Kämpfe im eigenen Lager schweigen.

Auf politische Selbständigkeit haben die deutschen Bourgeois längst verzichtet; aber als ob das nicht genug wäre, reizt man sie immer wieder, wie wenig sie es auch verdienen. Das bischen „liberale Ueberzeugung“, tief im Herzen verborgen, das thut doch keinem Satru und wäre ihnen wohl zu gönnen.

Was den „großen Allirten von Noßbach“ betrifft, so war die Volksmeinung immer die, daß seine Wege wunderbar und unerforschlich seien. Würden wir an ihn glauben, wir kämen angeht die dieser Entwicklungen zu den merkwürdigsten Schlüssen. Um indeß auf dem festen Boden des Irdischen zu bleiben — das können wir wohl sagen: Die deutsche Sozialdemokratie hat allen Grund, mit der Bilanz, mit welcher dies Quartal abschließen wird, zufrieden zu sein. Die „reformirte“ Volksschule nehmen wir da gern mit in Kauf!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. März.

**Aus dem Reichstage.** Im Reichstag gedieh heute die dritte Lesung des Kranken-Kassen-Gesetzes bis zu dem § 55a. Dieser Paragraph, welcher vom Reichstag neu eingefügt ist, bestimmt, daß auf Antrag von mindestens 30 Mitgliedern die höhere Verwaltungsbehörde anordnen kann, daß die gesetzlichen Leistungen, soweit Arzt, Apotheke und Krankenhäuser in Betracht kommen, auch von anderen als den von der Kasse vorgeschriebenen Ärzten u. ausgeführt werden können. Dieser Paragraph ist also bestimmt, wenn gewisse Kassenvorstände es mit dem Arztzwang u. gar zu bunt treiben sollten, deroberen Verwaltungsbehörde ein Mittel zum Eingreifen an die Hand zu geben. Es ist charakteristisch für die ganze Novelle, daß sie den Kassenmitgliedern selbst das Recht der freien Arzt- und Apothekenwahl nimmt und der dadurch etwa sich ergebenden Vergewaltigung von Mitgliedern durch eine General-Vollmacht für die oberen Verwaltungsbehörden vorbeugen zu können glaubt. Eine irgend erwähnenswerthe Debatte brachte der heutige Tag nicht; angenommen wurden die Abänderungsanträge der sogenannten Verschlechterungs-Kommission Gutfleisch u. Komp. und die Verhandlung um deswillen sehr früh abgebrochen, weil Graf v. Schulenburg bei § 55a seinen gestern abgelehnten Antrag auf gesetzliche Feststellung des Arztsprivilegiums aufs Neue einbrachte. Die Annahme des Antrages hängt von ein paar Stimmen ab und es scheint, daß beide Seiten noch „einpreißen“ wollen, deshalb die Vertagung. Die sozialdemokratische Fraktion wird morgen zu Beginn der Sitzung am Platze sein.

**Sozialdemokratischer Sieg im 22. sächsischen Reichstags-Wahlkreise.** Folgende Drahtnachricht ist uns heute zugegangen:

Reichenbach i. B., 16. März, 5 Uhr 10 Minuten Nachmittags. Hofmann 11721, Examer (natl.) 8654, Förster (Antifemist) 2296 Stimmen. Sechs kleine Orte fehlen. Sieg unser.

Bei den Hauptwahlen am 20. Februar 1890 erhielten Genosse Hofmann 11801, der Konservative, Landgerichtsdirektor Kuch 10870 und der Deutschfreisinnige 1103 St. Bei der Stichwahl fielen auf Hofmann 11799, auf Kuch, der damals den Sieg mit Hilfe aller zu Einem Drei sammengerührter bürgerlichen Richtungen über den Arbeiterlandkandidaten davoutrug, 12407 Stimmen.

Man sieht, Hofmann hat in dem ersten Wahlgang mehr Stimmen erhalten, als vor zwei Jahren in der Hauptwahl — was ein ungenügend günstiges Verhältnis ist, da bei Nachwahlen sich in der Regel keine so große Theilnahme zeigt, als bei allgemeinen Wahlen. Die reaktionären

Parteien hatten sich mit aller Macht auf den Reichenbacher Wahlkreis geworfen — die Böttcher, Buhl, Casselmann, Stöcker, Liebermann von Sonnenberg und andere Größen dieser Art — molochanbetende Pfaffen und Laien, bürgerliche und ablige Hehdemagogen im Dienste des Kapitalismus — trachteten, wenn auch nicht einzig unter sich, doch geeint gegen uns, die Sozialdemokratie — zu „töden“ — und die Sozialdemokratie, die angeblich am 20. Februar des Jahres 1890 ihren Höhepunkt erreicht haben und seitdem hoffnungslos im Niedergang begriffen sein sollte, hat im ersten Wahlgange glänzend gesiegt über die vereinigten Gegner. Für die Gegner die Niederlage und der Niedergang, für die Sozialdemokratie der Sieg und das Wachstum! Und das in dem Musterlande der deutschen Sozialreaktion und des Polizei-Socialismus, in dem „hellen“ Sachsen, dessen Regierung allen übrigen Bundesregierungen voran ist in der Rückwärtserei, so daß der Name Sachsen in Verfall gekommen wäre, wenn die sächsischen Arbeiter nicht wären. Sie haben die Ehre Sachsens gerettet und bewahrt. Ein Hoch den sächsischen Arbeitern! Und unser Willkommen dem Zwölften vom dritten Duzend! —

**Zum Kapitel der Majestätsbeleidigungen.** Der „Allgemeinen Zeitung“ wird aus Berlin die offenbar inspirirte Meldung: „Es bestätigt sich, daß die in letzter Zeit eingeleiteten Anklagen wegen Majestätsbeleidigungen ohne Wissen des Justizministers stattfanden und weder seine noch des Reichskanzlers Billigung gefunden haben.“ Wenn diese Nachricht sich bestätigt, wird die Fluth der Anklagen blühschnell ebbend, und über allen liberalen Wipfeln wird die heißersehnte Ruhe sein. Die „Kölnische Zeitung“ und ihre Kolleginnen werden dann die sozialdemokratischen Preßsünder mit heiligem Zorne betrachten und die Preßfreiheit als das unantastbare Gut der Bourgeoisie proklamiren, das für die Proletarier nicht zu haben ist. Der normale Zustand des Bürgerthums, das mit „absoluter Würschigkeit“ die Volksrechte preisgiebt, wenn nur für es selbst ein reservirtes Plätzchen übrig bleibt, lehrt zurück. Das Bürgerthum, das die Staatsanwälte ohne Scheu gegen die Arbeiterbewegung entfesselt sieht, hört auf zu opponiren und lüchelt wie Tyras der Reichshund. In seiner verächtlichen Halbheit zeigte sich dieser Tage der National-Liberalismus, als im preussischen Landtage der Antrag des Abgeordneten Porsch auf Aussetzung des Strafverfahrens gegen den Zentrumsabgeordneten Dasbach — es handelte sich um ein gegen saarbrückische Bergwerksbeamte gerichtetes Flugblatt — auf der Tagesordnung stand. Es ist ein alter parlamentarischer Brauch, die Immunität der Volksvertreter zu mahnen und debattelos solche Anträge anzunehmen. Der nationalliberale Landbote Olzem aber sprach gegen den Antrag; ihm sekundirte sein als Phrasendrescher wohlbekannter Parteigenosse Franke. Trogdem ging der Antrag durch; aber fast die Hälfte der anwesenden Nationalliberalen war dagegen! —

**Umgewandelt.** Zur Welfensfonds-Vorlage schreibt die Münchener „Allgemeine Zeitung“:

„Die Vorlage trägt wiederum den charakteristischen Zug der neueren Zeit, die endgültige Entscheidung in einer so hochwichtigen Sache von dem persönlichen Willen des Monarchen abhängig zu machen, die Landesvertretung wird von einem Besinden darüber, ob die erforderlichen politischen Garantien und Voraussetzungen gegeben sind, vollständig ausgeschlossen, auch ist aus der Vorlage keineswegs ersichtlich, ob fortan nur die Gewähr der Zinsen oder auch die Rückgabe des Kapitals beabsichtigt wird. Wenn ehemals Fürst Bismarck dagegen anzulampfen hatte, daß die Krone zu einem Dekorationsstück am Parlamentsgebäude herabgewürdigt wurde, so wird neuerdings das Parlament mehr und mehr zum Dekorationsstück an einem neuen monarchischen Bau, der ganz eigenartig aus den preussischen und den deutschen Verfassungsverhältnissen herauswächst. Es würde vielleicht heutigen Tages nicht befremden, aber in späterer Zeit um so auffallender erscheinen und um so weniger verstanden werden, wenn der Landtag dieser Vorlage ohne weiteres die Zustimmung gäbe.“

Die demagogische Politik der Bismarck-Organen, für die Rechte der Volksvertretungen sich ins Zeug zu legen, welche ihre Abgott gerade mit Füßen getreten hat, führt zu den köstlichen Widersprüchen. Einst Kampf gegen den Parla-

mentarismus, heute durch und durch parlamentarisch! Die Possenreißer des Barzinesen prägelin sich mit der eigenen Peitsche, was auch ein Stück Vergeltung ist. —

**Von der preussischen Einkommensteuer.** Das Mecht an Einkommensteuer in Berlin wird nach dem neuen Gesetze auf 7 Millionen Mark veranschlagt; an Steuerpresslern hat es also auch, wie vorauszu sehen, in der Reichshauptstadt nicht gefehlt. —

**Das Glücksspiel und der Staat.** In dem preussischen Budget-Entwurf für 1893/94 wird eine weitere Vermehrung der Lotterieloose vorgeschlagen werden. Wer Hazard spielt, wird bestraft, er mühte denn sich ein — lgl. preussisches Lotterielos kaufen. —

**Verlorene Liebesmüh.** Die patriarchalischen Segnungen, welche die pommerischen Rittergutsbesitzer den Arbeitern bieten, werden von diesen schroff zurückgewiesen. Sie hungern lieber in Berlin, als daß sie das ihnen angebotene äppige Leben in Pommern annehmen. Der „Zentralverein für Arbeitsnachweis“ giebt sich die größte Mühe, Arbeiter nach Pommern abzuschicken; die Arbeiter, die sich dazu überreden lassen, erhalten ein Eisenbahn-Billet 4. Klasse und eine Mark Zehrgeld. Sind sie einmal an Ort und Stelle, dann können sie lange warten, ehe sie Mittel und Wege finden, sich von dort wieder loszureißen. Wie weit der „Zentralverein für Arbeitsnachweis“ das Interesse des Arbeiters wahrnimmt, darüber verlautet nichts; wenigstens bringen die lobhübelnden Mittheilungen der Bourgeoispreffe keine Angaben über den Lohn, welchen der Arbeiter zu erwarten hat. Daß die Arbeiter vor Pommern eine heilige Scheu haben, wird damit erklärt, daß man sie als nichtsnuhiges arbeitscheues Gesindel hinstellt. Wie ver trägt sich damit die große Sehnsucht des pommerischen Rittergutsbesitzers danach, daß ihm so viel wie möglich von diesem Gesindel zugeführt wird, und das eifrige Bestreben des „Zentralvereins“, es nach Pommern abzuschicken? —

**Zur modischen Sozialreform.** Die särglichen Schutzbestimmungen der Gewerbenovelle erhalten jetzt die in der Novelle zugelassenen Ausnahmen. Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Herr von Bötticher, erläßt zwei Bekanntmachungen, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glashütten und in Drahtziehereien mit Wasserbetrieb. Hiernach gilt betreffs der Glashütten die Bestimmung, daß Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter in solchen Räumen, in denen vor dem Ofen (Schmelz-, Kühl-, Glüh-, Streckofen) gearbeitet wird, und in solchen Räumen, in denen eine außergewöhnlich hohe Wärme herrscht (Häfenlamern und dergl.), Arbeiterinnen eine Beschäftigung nicht gewährt werden könne. Ausnahmen kann der Bundesrath zulassen. Jugentliche Arbeiter unter vierzehn Jahren (Knaben) und jugentliche Arbeiterinnen dürfen mit Schleifarbeiten nicht beschäftigt werden. Jugentliche Arbeiter bedürfen eines ärztlichen Attestes, daß sie ohne Gefahr für die Gesundheit zur Beschäftigung in der Hütte zugelassen werden können. Die Nacharbeit für Knaben und jugendliche Arbeiter ist mit der Maßnahme gestattet, daß innerhalb zweier Wochen von der zulässigen Gesamt-Arbeitszeit nur die Hälfte in die Nachtzeit fallen darf. — Betreffs der Drahtziehereien mit Wasserbetrieb, in welchen wegen Wassermangels, Frostes oder Hochfluth die Eintheilung des Betriebes in regelmäßige Schichten von gleicher Dauer zeitweise nicht innegehalten wird, dürfen Kinder unter vierzehn Jahren und Arbeiterinnen bei der Herstellung des Drahtes nicht gestattet werden. Die Beschränkung des Arbeitstages für jugendliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren fällt weg und gilt nur die Bestimmung, daß die wöchentliche Arbeitszeit nicht über 60 Stunden und die Nachtschicht nicht über 10 Stunden betragen darf. Zwischen zwei Arbeitsschichten muß eine Ruhepause in Länge der letzten Arbeitsschicht liegen. In Sonntagen darf innerhalb zweier Wochen nur einmal die Beschäftigung in die Zeit von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends fallen. —

**Der Hungertyphus in Oberschlesien.** Im Paradies der Großgrundbesitzer und Schlotbarone, wo Massenelend und Mieseureichthum einer kleinen Minderheit sich schroff und unvermittelt gegenüberstehen, wo die Lebenshaltung der breiten Schichten stets dicht an der Hungergrenze sich be-

„Oho, das wollen wir sehen,“ rief der Buchdrucker, „ich schene keine Konkurrenz, ich weiß, auf wen ich zu zählen habe.“

„Desto besser für Sie, Herr Wehrhahn“, fuhr Raffmaus gleichmüthig fort. „Sie, Herr Professor Birnenmann, übernehmen doch selbstverständlich die Leitung des neuen Parteiorgans?“

„Selbstverständlich gehört meine Thätigkeit der Partei“, erwiderte der Gefragte.

„Wie, Herr Professor?“ rief Wehrhahn erstaunt. „Sie wollten mir nichts, Dir nichts aus meinem Dienste scheiden?“

„Aus Ihrem Dienste, Herr Wehrhahn? Ich muß Sie doch ganz dringend bitten, dergleichen Aeußerungen zu unterlassen. Ich habe die Redaktion der Zeitung übernommen, um der Partei zu dienen; Sie waren mir dabei eine ganz gleichgültige Person, ein Mittel zum Zweck, und von dem Augenblicke an, daß Sie nicht mehr der Partei dienen, habe ich nichts mehr mit Ihnen zu thun. Ihrem Mangel an Bildung, Herr Wehrhahn, haben Sie es zu danken, daß ich Ihnen Ihre Worte nicht übel nehme.“

„Nun, so schlage doch Der und Jener drein“, schrie Wehrhahn, außer sich vor Wuth, „bin ich denn hier verathen und verkauft? Herr Dr. Raffmaus, wissen Sie was, ich mag mit dem ganzen Zeitungstrame nichts mehr zu thun haben, kaufen Sie mir die Zeitung ab.“

„Was wollen Sie denn dafür haben?“ fragte Raffmaus ganz gleichgültig.

„Ich habe 20 000 Abonnenten, geben Sie mir für jeden 10 Thaler und das Geschäft ist glatt.“

„200 000 Thaler? Unter solchen Verhältnissen? Dafür kann ich zehn neue Zeitungen gründen. Uebrigens handelt es sich nicht bloß um die Zeitung. Wenn Sie der Partei nicht mehr dienen, dann ist auch für uns kein Grund mehr vorhanden, Ihnen die vielen anderen Arbeiten zuzuwenden, die man Ihnen für Ihre Bestrebungen im Interesse der Partei zuzuwenden für Pflicht hielt.“

„Wie? Herr Doktor?“ rief jetzt Wehrhahn wirklich erschreckt. „Sie wollen mich förmlich in den Bann thun? Habe ich denn gesagt, daß ich der Partei nicht mehr dienen

will? Ich will ihr ja dienen, versteht sich, es ist meine Pflicht; was ich gesagt habe, betraf doch nur mein Geschäft, nichts anderes.“

„Ein Zeitungsgeschäft ist ein anderes, als jedes andere“, erwiderte Raffmaus trocken, „und wenn Sie nicht begreifen können, daß Männer der Wissenschaft zu Ihnen kommen, bloß zu dem Zweck, unseren Ideen zu dienen, und wenn Sie solche Männer, die weit, sehr weit über Ihnen stehen, und die Ihnen nicht die Ehre anthun würden, Sie auch nur anzusehen, wenn Sie in Ihnen nicht einen Parteigenossen erblickten, wenn Sie, wie gesagt, solche Männer als in Ihrem „Dienst“ befindlich ansehen, dann sind Sie unfähig, überhaupt ein Partei-Organ zu führen, denn, Herr Wehrhahn, Ihr persönliches Eumischen in Redaktion-Angelegenheiten ist geradezu lächerlich.“

„Herr Doktor!“ schrie der Buchdruckerei-Besitzer, von diesem letzten Stoß aufs Aeußerste verlegt, „ich verbitte mir“

„Sie haben sich gar nichts zu verbitten, Herr Wehrhahn“, unterbrach der Advokat trocken; „es wird Ihnen nur gesagt, was Ihnen gesagt werden muß, und wenn Ihnen dieses Lokal nicht passend dazu erscheint, so brauchen Sie es nur zu sagen, und wir suchen uns einen anderen Ort zur weiteren Besprechung unserer Angelegenheiten aus.“

„Das wollte ich nicht damit gesagt haben“

„Nun, dann schweigen Sie und lassen Sie mich ausreden. Ich sage, es ist lächerlich, wenn Sie Leute wie Herrn Professor Birnenmann und Herrn Dr. Weiser sagen wollen, was sie zu thun und zu lassen haben, da diese Herren das viel besser als Sie verstehen, indem Ihnen die unentbehrlichen Kenntnisse zur Leitung eines Journals ganz und gar abgehen und Sie über den nächsten Tag nicht hinaussehen. Die liberale Partei hat in der gegenwärtigen Zeit die größten Stürme zu erwarten, sie muß sich zur äußersten Energie aufraffen, da kann sie einseitige, egoistische und unzuverlässige Leute nicht brauchen und ebenso wenig ein Partei-Organ, bei dem ein in Eitelkeit verfahrenes Eigenthümer seine Ansichten und Ideen geltend zu machen versucht. Den Herrn Professor Birnenmann und den Herrn Dr. Weiser haben wir Ihnen empfohlen als Leute, von

denen wir wußten, daß sie unseren Zwecken am besten zu entsprechen verstanden. Sie haben nun die Wahl: entweder die Redaktion ruhig in den bisherigen bewährten Händen liegen zu lassen, oder sich von der Partei zu trennen und der Herausgabe eines anderen Partei-Organs gewärtig zu sein.“

„Wenn ich aber sehe, daß mein Blatt rückwärts geht?“

„So berufen Sie uns zu einer Redaktions-Konferenz, die über einen solchen Fall Rath halten wird.“

„Wenn Sie das thun wollen, Herr Doktor, dann bin ich's zufrieden.“

„Das ist einmal vernünftig, Herr Wehrhahn, so muß es sein. Und nun, Herr Dr. Weiser: Sie sind durch dieses Flugblatt in erster Reihe und persönlich angegriffen, spigen Sie Ihre Feder und zerschmettern Sie diese Leute.“

„Ich werde sie zerschmettern“, erwiderte Weiser, und die Gesellschaft zerstreute sich etwas beruhigter.

### Fünftes Kapitel.

**Die Wunder des Reichthums.**  
Häufiger und häufiger sang schon der scharfe Westwind den Blumen und Blättern des Herbstes das Grablied; unter seinem Hauche erzitterte, was noch warmes Leben in sich fühlte, aber seine Kraft gebrochen wußte, die Kraft, die ihm so nöthig war zum erfolgreicheren Widerstande gegen den unerbittlichen Feind alles Lebens. Im warmen Gluthhauch des Sommers hatten sie ihre ganze Fülle von Lebenskraft ausbauchen lassen, als überflüssige Fülle, und nun zitterte der entnerote Stengel, beim sanftesten Hauche, wie die furchtsame Gozelle bei der leisesten Ahnung vom Nahen des Löwen.

Auch der Mensch verweichlicht meistens im Glück, statt in ihm Kraft zu schöpfen, und wenn das Unglück naht, findet es zu seiner Abwehr keine gestählte Brust.

(Fortsetzung folgt.)



wagt, Schmutz, Entbehrungen, Schnapsfuss, Kartoffelkost das A und O des Proletariats bilden, in diesem Bezirke ist wieder einmal der chronische in den akuten Nothstand umgeschlagen. In dem Kohlengrubendistrikte von Fabrèze grassirt der Hungertyphus, den die besorgte Rücksicht der Offiziösen lieber Typhus nennt. Ueber Ursachen dieser Seuche sind Aerzte und Sozialpolitiker im Reinen. Ein förderliches Moment mag ja die Wassernoth und der Mangel an Trinkwasser sein; aber der Nährboden der Epidemie ist der schwarze Hunger. In Fabrèze ist übrigens das größte Steinlohlenwerk des festländischen Europas, die fiskalische Königin Louise-Grube mit Tausenden von Arbeitern. Der staatliche Musterbetrieb wird doch jetzt auf der Höhe der Situation sein?!

**Es wird fortgeändert.** Wir erwähnten jüngst, daß Herr Binder, anlässlich unserer Notiz: „Lohn der Faulheit“ die Lüge angefertigt habe, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stelle im Verhältnis zu ihrer Zahl das größte Kontingent zu den Reichstags „Schwänzern“. Wie wir voraussehen, hält die Binder'sche Lüge jetzt durch die gesammelte Ordnungspartei-Presse ihren Kundgang. Thatsache ist, daß die sozialdemokratische Fraktion, obgleich es für sie im Reichstag keine Schachergeschäfte zu machen und kein Fleisch von den Rippen des armen Volkes zu schneiden giebt, wie für andere Parteien, und trotz ihres platonischen Verhältnisses zum Parlamentarismus dennoch im Besitze des Reichstags fleißiger ist, als jede andere Partei. Am faulsten sind notorisch die Nationalliberalen und Konservativen, also die Ordnungsparteien par excellencas. Freilich das heilige Zentrum giebt ihnen nicht viel nach.

**Ueber 200 000 Exemplare!** kräht die „Freisinnige Zeitung“, sind verkauft, nämlich der Richter'schen Zukunfts-Bilder“. Von diesen 200 000 gingen die letzten 10 000 in den Reichsbach'schen Wahlkreis, um die Wahl eines sozialdemokratischen Abgeordneten zu verhindern. Und die Wirkung? Das dritte Duzend wird voll! Diese kostbare Spar-Agnes! Herrn Eugen Richter steckt sie Geld in die Tasche und uns Stimmzettel in die Wahlurne. Herz, was verlangst Du?

**Der englische Kohlenarbeiter-Streik.** Die bis jetzt vorliegenden Nachrichten müssen mit großer Vorsicht aufgenommen werden. Selbst in Bezug auf die Zahl der Streikenden sind dieselben sehr widerspruchsvoll. Während nach den meisten Angaben nahezu eine halbe Million feiert, soll nach einer Mitteilung des Parlamentsmitgliedes und sog. Arbeitervertreters Picard die Zahl der Streikenden nur gegen 300 000 betragen, und sollen 190 000 Kohlengräber der am Streik sich beteiligenden Organisationen weiter arbeiten. Herr Picard, der die Interessen der Grubenbesitzer weit mehr vertritt als die der Arbeiter, ist aber kein zuverlässiger Gewährsmann. Authentische Nachrichten werden wir erst heute Abend oder morgen erhalten. Heute treten nämlich die Delegierten der Ausländigen zu einer Konferenz zusammen, die über die Dauer des Streiks zu entscheiden hat. Bei dieser Gelegenheit werden natürlich genaue und authentische Mitteilungen gemacht werden. Abzürcht ist das Gerücht einiger Bourgeoisblätter, die englische Industrie könne durch Einfuhr belgischer Kohlen den Zweck des Streiks vereiteln. Die gesammelte belgische Kohlenförderung würde nicht annähernd für England genügen — und Belgien braucht seine Kohlen selbst.

**Belgien's Dynamiter.** Aus Brüssel wird unterm 16. März gemeldet: „Seit zwei Tagen ist die Verhandlung im Lütticher Affisenprozess gegen die drei „anarchistischen Dynamitdiebe“ von Lille eröffnet. Gestern Abend erhielten die Geschworenen zahlreiche Drohbriefe. In der gestrigen Verhandlung nahm der Angeklagte Haussen die Schuld auf sich allein, indem er zugleich behauptete, das gestohlene Dynamit sei für französische Anarchisten bestimmt gewesen. Der Staatsanwalt suchte dagegen nachzuweisen, daß die Zerstörung Lüttichs geplant war.“ Bourgeois und kein Ende, das ist der Reiz in diesen und allen ähnlichen Prozessen. Lockspiegel und beschränkte Fanatiker, die in das ausgepannte Gimpelnetz fliegen . . .

**Nothstand überall.** In dem schweizer Industriezentrum Biel hat die Bürgerschaft eine Erhebung über die Arbeitslosigkeit veranstaltet. Die Untersuchung von Haus zu Haus ergab im ganzen Bezirke (Biel, Bödingen, Madretsch) 701 nothleidende Familien mit 2472 Köpfen, worunter 1435 unermöglichte Kinder. Davon sind ganz verdienstlos 225 Familien (196 länger als zwei Monate); theilweise verdienstlos 476 Familienhäupter (452 über zwei Monate lang). Der wöchentliche Lohnausfall ist auf 12 571 Franks ermittelt. Eine Bürgerversammlung beschloß eine Reihe Maßregeln zur Hebung des Nothstandes.

**Constans u. Co.** Dynamit um jeden Preis, ist des porteseuilewärtigen Constans und seiner polizistischen Spießgesellen Parole. Aus einer Pulvermühle im Savoyischen sind angeklagt 32 Dynamitpatronen gestohlen worden, was die allwissende Polizei sofort erfährt. Die Wolff'sche Lügenfabrik berichtet aus Paris von zahlreichen Hausdurchsuchungen bei Personen, die als „Anarchisten“ bekannt seien, namentlich bei ausländischen Revolutionären. Auch etliche Verhaftungen haben stattgefunden. Damit verdient sich die Bourgeoisrepublik einen „Gotteslohn“ bei „Väterchen“, dessen Beauftragte zwar am Balkan Putsche veranstalten und unheimliche Gegner erdolchen, der aber vor dem Terrorismus zittert, den er selbst betreibt. Im Uebrigen sollen die Spießbürger kopfschneidend gemacht werden. Der Hegenabbath der Spitzel und Staatsretter entlockt jedem Unbefangenen ein mitleidiges Lächeln, und sogar eingeseisichte Pariser Bourgeois Organe machen sich über die Taschensprengungen lustig. In der Kammer Sitzung vom 15. März interpellirte Mr. Dreyfus, der Chef der Firma, welche den hungernden Russen statt Getreide Sand aufgeschwemmt hat, folglich ein berufener Fürsprecher des Eigenhums, der Ordnung, der Religion und Familie mit einem anderen republikanischen Philister, Martin, den Minister des Innern, wegen der Explosionen. Er wünschte zu wissen, welche Maßregeln die Regierung für die Sicherheit der Bevölkerung ergreifen werde.“ Der Minister erwiderte, „man dürfe die Verbreitung der Vorfälle nicht übertreiben, dieselben wären übrigens Frankreich und Paris nicht allein eigenhümlich. Zur Sicherung der Bewohner habe die Regierung die erforderlichen Maßregeln ergreifen. Die Kammer werde begreifen, daß die Regierung jetzt nichts mehr sagen könne.“ Das Spießthum ist allerdings international, damit spricht der Herr Minister eine Winsenwahrheit aus. Aber

das angstbebende Bürgerherz mag ruhiger schlagen. Nach Erledigung des Zwischenfalls legte der Justizminister das von uns bereits charakterisirte Dynamitgesetz auf den Tisch des Hauses nieder. Und die Bourgeoisie schläft sorgenlos unter dem Schatten ihrer geliebten Guillotine. —

**Noch kennt man die Personen nicht genau,** welche sich die Aufgabe gestellt haben, die Pariser durch sogen. Dynamitattentate in Schrecken zu versetzen. Das aber fest: von wem immer die Sache ausgehen möge, Revolutionäre und Freunde der Arbeiterfrage sind es nicht. Wer eine Revolution will, muß vor allen Dingen doch die nöthigen Kräfte für sie gewinnen. Und geschieht das durch solche wahnwitzige Vorgehen? Was wird die Folge sein? Jetzt lacht man in Paris noch über die Sache, weil man sich gewöhnt hat, die Finger der Polizei in derlei Dingen zu sehen. Sollte aber ein solches Attentat Menschenleben kosten, so wird Born und Erbitterung eintreten, und häufen sich dann die Explosionen, so wird sich des Volkes und namentlich auch der Arbeiter eine so ingrimmige Wuth bemächtigen, daß die Thäter, im Fall der Entdeckung, geknackt würden.

Das sind nicht haltlose Vermuthungen — sie stützen sich auf frühere ganz ähnliche Vorgänge. Man wird sich der irischen „Dynamitarden“ erinnern. In den 80er Jahren besetzten die Fenier die Dynamit-Taktik — das heißt, sie wollten die englische Regierung durch eine Reihe von Dynamit-Attentaten in Schrecken versetzen und „mürbe“ machen. Nun, die englische Regierung wurde nicht „mürbe“ gemacht, wohl aber — es kamen verschiedene Personen um und einer unserer tüchtigsten Genossen wurde bei einem der „Attentate“ schwer beschädigt — das englische Volk vermaß sich erbittert, daß die Dynamit-Taktik rasch eingestellt werden mußte. Und was kam schließlich an den Tag? Daß die Leiter der Dynamitarden, der berühmte D'Donovan Rossa und der in dem Barnell-Prozess entlarvte Mr. Caron im Dienste der englischen Polizei standen. —

**Die Lage in Rußland.** Während die Hungersnoth mit ihren treuen Begleitern, dem Hungertyphus und der Hungerpest, die Unterthanen des heiligen Jars dezimirt, erhebt in verschiedenen Theilen des Reiches der Geist der Revolte das Haupt. Wir hören von Bauernaufständen, die sich nicht bloß gegen einen vereinzelt Gutsherrn richten, sondern gegen die Regierung. Die Masse des russischen Volkes ist geistig so tief heruntergedrückt und alles politischen Denkens so vollständig entwöhnt worden, daß es schon ein großer Fortschritt ist, wenn der Bauer dazu kommt, die Regierung, das herrschende System, anstatt irgend eines lokalen Drängers für sein Elend verantwortlich zu machen. Natürlich sind die Nihilisten nicht unthätig. Kann auch nicht festgestellt werden, ob die Gerüchte von Attentaten auf den Jar begründet sind oder nicht, so steht doch soviel fest, daß Nihilisten — oder sagen wir richtiger: bewußte Gegner der Regierung in den von der Hungersnoth heimgeführten Provinzen herumreisen und „wählen“ d. h. die Bauern aufklären. Gewiß ist ferner, daß der Nothstand auch in Rußisch-Polen einen bedeutenden Umfang angenommen hat, und daß, theils aus diesem Grunde, theils infolge des unerhörten politischen und sozialen Druckes eine hochgradige Währung eingetreten ist, die einen gewaltsamen Ausbruch erwarten läßt. Daß die russischen Nihilisten mit den polnischen Feinden des Jarenhums im Einverständnis sind, kann als gewiß angesehen werden. Aus Warschau hören wir Tag für Tag von Verhaftungen und die militärischen Vorbereitungen, welche getroffen sind, lassen mit Bestimmtheit darauf schließen, daß die Behörden einen Aufstand ernstlich befürchten.

Inzwischen ist auch die lang vorausgesehene Finanzkrisis hereingebrochen: das Haus Ginzburg in Petersburg, die erste Bankiersfirma Rußlands, hat Bankrott gemacht, Duzende von Firmen werden nachfolgen, und da Handel und Geschäfte völlig darniederliegen, so ist nicht abzusehen, wo und wann die Krise endigen wird. —

## Aus Italien.

Der Prozess wegen des Tumults in Rom.  
(Fortsetzung.)

Das Ausschreiben der Bühne in dieser traurigen Gerichts-komodie, welche in einer der letzten Sitzungen ein Abolot mit Recht eines Kulturvolkes unwürdig nannte, hat eine Aenderung erfahren.

Es wird die durch den Advokaten Santini geladene Zeugin Adele Baldi-Ciccognani vorgeladen, in deren Hause der im Tumult von den Soldaten verwundete Cipriani zuerst aufgenommen und gepflegt wurde. Sie wurde noch am selben Tage, dem ersten Mai, um 11 Uhr Abends zum Verhör auf die Quastur geholt, dort über Nacht gefangen gehalten und als sie am anderen Vormittag freigelassen wurde, war inzwischen Cipriani ins Gefängnishospital gebracht worden. Verteidiger Advokat Santini: War Cipriani schwer verwundet?

Zeugin: Sehr schwer; es stieß Blut aus seiner Schulterwunde und aus dem Munde floß ihm Blut.  
Verteidiger Santini: Erzählen Sie uns, was Ihnen nach der Unterbrechung des Prozesses im Oktober mit einem geheimen Polizeigenoten begegnet ist.

Zeugin: Eines Tages, Ende Oktober, folgte mir, als ich nach Hause zurückkehrte, den ganzen Weg entlang ein Mensch und richtete zuletzt an mich die Frage: „Kennen Sie mich nicht?“ — „Ich weiß nicht“, erwiderte ich. „Diese Person kommt mir bekannt vor.“ — „Denk nach“, sagte er, am 1. Mai war ich in Ihrem Hause.“ — „Ja“, sagte ich, „nun weiß ich, Ihr seid der Polizei-Agent, der zu mir kam, als Cipriani bei mir verwundet lag.“ — „Ganz richtig“, erwiderte er, „und habt Ihr den Prozess verfolgt?“ — „Ja, aber Ihr müßt davon mehr wissen, als ich.“ — „Da müßt Ihr recht haben“, lacht er. Und nun begann er mir aus freien Stücken zu erzählen. „Hört, wißt Ihr wohl, daß der Prozess eigentlich um meine Willen aufgehoben wurde? Die Sache war die: Die Agenten waren nach dem Tumult und den Gefangennahmen im Grunde doch der Meinung, daß aus dieser Sache die Idee, die Leute seien zu einer gewaltsamen Revolution auf den Platz Santa Croce gegangen, nicht gut festzuhalten wäre. Denn, es wurden ja bei allen Gefangenen nur ein Firtel, ein großer Nagel und ein Stock gefunden. Damit macht man doch keine Revolution! Nun müßt Ihr wissen, daß ich gerade nach dem Tage, an welchem die Sitzung so schön aufgehoben und der ganze Prozess vertagt wurde, als Zeuge vorkommen sollte, um meine Erklärungen abzugeben.“

Präsident: Wer war dieser Agent?

Zeugin: Es war der Geheimagent Raffaele Santoro.

Staatsanwalt Vico rief ausrufend: Das ist eine Verleumdung! Ihr seid eine Verleumderin! In diesem Moment erhebt sich ein furchtbarer Ausruf in dem Saal. Die Angeklagten rufen und schreien durcheinander. Cipriani schlägt mit beiden Händen heftig gegen die eisernen Stäbe des Käfigs, unverfändliche Worte der Empörung hinausrufend. — Da auch das Publikum, darunter Weiber und Geschwister der Angeklagten, sehr aufgeregter, so läßt der Präsident den Zuschauersaal räumen. Endlich beruhigen sich die Angeklagten und es erklärt der Staatsanwalt: Ich halte meine Worte aufrecht! Die Aussage der Zeugin ist eine schwere Verleumdung. Der Prozess wurde wegen ganz anderer bekannter Vorgänge, wegen des Protestes der Verteidiger gegen eine vom Präsidenten am Schluß der vorletzten Sitzung verlesene Verfügung aufgehoben.

Verteidiger Bottini: Herr Staatsanwalt, eben diese angebliche Verlesung durch den früheren Präsidenten wurde von keinem einzigen der Verteidiger gehört, und bei ruhigem Nachdenken ist ein logischer Zusammenhang zwischen dieser Aufhebung des Prozesses und der heutigen Aussage der Zeugin doch wahrhaftig nicht so schwer.

Angeklagter Ciccognani: Herr Präsident! Als wir hierhergebracht wurden in diesen Käfig, waren wir von Anfang an überzeugt, einem Prozesse beizuwohnen, der aufgebaut ist (mit erregter Stimme) auf einem Haufen von Lügen und Betrug!

Präsident schreit heftig und ruft mit lautefer Stimme: Ich verbiete dem Angeklagten fortzufahren; man führe ihn sofort hinaus!

Viele Angeklagte erheben sich und rufen: Wir wollen dann Alle fortgeführt sein! Wir wollen diesem Schauspiel (Commodia) nicht mehr beiwohnen!

Präsident: Das soll geschehen, und gleich! Wachen! führt alle Angeklagten zurück ins Gefängnis! Die Sitzung ist bis um 2 Uhr Nachmittags aufgehoben.

Der Gerichtshof zieht sich zurück, während die Angeklagten in lebendiger Erregung und Empörung von den Wachen fortgeführt werden. Auch die Verteidiger, die zu einer Berathung zurückgeblieben waren, müssen auf Aufforderung des Polizeihauptmanns den Saal verlassen.

Um zwei Uhr Nachmittag bei wiedereröffneter Sitzung verläßt der Gerichtshof, welcher das Verhalten der Angeklagten in den schärfsten Ausdrücken verurtheilt, den auf Grund der vorgefallenen Unordnungen gefassten Beschluß, während des ganzen Fortganges des Prozesses die Angeklagten vom Saale entfernt zu halten und abgesehen von Fällen der Einzelvorladung die Verhandlungen in ihrer Abwesenheit weiter zu führen. —

Am folgenden Tage erklärte der Advokat Mazzia im Namen des Kollegiums der Verteidiger, daß sie die vom Gerichtshof beschlossene Maßregel, welche in der Geschichte der politischen Prozesse unerhört sei, als höchster Befehl annehmen, daß sie sich aber für verpflichtet hielten, den Verhandlungen trotzdem beizuwohnen, um den Angeklagten soviel ihnen noch möglich denjenigen Schutz zu gewähren, den ihnen die Behörden gerahnt haben. — Das Zeugenerhör wird darauf bei leerstehendem Saal fortgesetzt. Da fortan jeder Widerspruch durch einen der Angeklagten und ebenso jede Gegenüberstellung einer Zeugenaussage mit einer Aussage der Angeklagten unmöglich gemacht ist, so schleichen die Verhandlungen bei fast leerstehendem Saal langsam und langweilig dahin.

Der Abgeordnete Alfonso Valentini war Augenzeuge, wie der Angeklagte Solpi von der Polizeiwache De Luca mit einem Revolver niedergeschossen wurde. Die folgende Verhandlung ist wichtig durch das Verhör des Agenten Raffaele Santoro, über dessen Erklärung die Zeugin Adele Baldi-Ciccognani ihre Aussagen gemacht hat.

Der Zeuge bezeugt, daß er am Abend des 1. Mai den schwer verwundeten Cipriani in seiner Wohnung aufgesucht und seine Pflegerin begrüßt habe. Er schildert auch die den Gefangenen am 1. Mai auf dem Platz Santa Croce während des Tumults abgenommenen Waffen; er sah diese Waffen aufbewahrt und bewacht in dem Hospital Santa Croce, wohin die Verwundeten gebracht wurden und wohin er selbst am Nachmittag des 1. Mai sich begab. Diese Waffen waren: Ein Taschenrevolver, ein Nagel, ein dicker Spazierstock, ein Schusterpfriem („punterolo“), ein Rasiermesser und ein Taschenmesser. Die Begegnung mit der Zeugin Ciccognani im Oktober auf der Straße bezeugt er. Er habe natürlich mit ihr von dem Prozesse und dessen plötzlichen Abbruch gesprochen. Nur müße ihn die Zeugin mit ihrer letzten Aussage falsch verstanden haben. Er habe nur im Allgemeinen von dem Prozesse gesagt, die Anklage auf Hochverrath und gewaltthätige Revolution könne unmöglich aufrecht erhalten werden, da die vorhergehende Verabredung fehlerhaft und die Ergebnisse der Gefangennahme doch zu lässlich seien. Unter den Zeugen der folgenden Sitzung ist ein bisher nicht verhafteter Sozialist mit Namen Cesare Garci, Bürger von Rom, hervorzuheben. Er war auf dem Balkon auf der Piazza Ita Croce und wollte eben das Wort ergreifen, als der Redner Palli ihm zuvorkam. Er schildert den Ausbruch des Tumults durch einen Revolverschuss, der gegen die um den Balkon stehende Volksmenge abgefeuert wurde. Der Zeuge erklärt sich auf die Anträge des Präsidenten als Gegner des Anarchismus; er will die Ziele des Sozialismus durch Erreichung der politischen Macht in Anbahnung an den Wahlen erreichen. Er erklärt auf seinen Eid, daß in keiner der Vorversammlungen vom 1. Mai, denen er beiwohnte, von irgend einer Verabredung oder Absicht, am 1. Mai einen Aufruf zu veranstalten, die Rede gewesen sei. Während des Tumults sah er selbst einen ihm von Umstehenden als Polizei-Agenten bezeichneten Mann im Zivil aus einem Revolver auf die Wange einen Schuß abgeben. Dann wurde er in die Nebenstraßen gedrängt und entkam. Auf die Frage des Präsidenten zum Beweise, daß er in den Vorversammlungen zum 1. Mai anwesend war, nennt er mehrere Namen von Anarchisten, die ihn kennen, und die sämtlich verhaftet sind. Der Verteidiger Santini spricht dem Zeugen seinen Glückwunsch aus, daß er bis heute glücklich der Gefangennahme und der zehnmonatlichen Kerkerhaft in der Voruntersuchung entgangen sei. Zahlreiche Angeklagte und Gefangene, die nicht einmal Sozialisten seien, müßten ihn beneiden.

In der folgenden Sitzung erschienen als Zeugen die Parlamentarier Antonio Rassi und Imbriani. Rassi nahm als Mitglied des Komitees der Volksversammlung vom 1. Mai an allen vorbereitenden Versammlungen theil. Er bezeugt, daß alle Redner darin übereinstimmten, die Versammlung auf der Piazza Santa Croce sollte friedlich sein. Zeuge erachtet durch seinen Eid die wichtige Thatsache, daß Steine aus dem Platz selbst gar nicht vorhanden waren, die Steinwürfe konnten erst eine Zeitlang nach Ausbruch des Tumults aus den Seitenstraßen erfolgen, da sie von entfernten Mauern hergenommen werden mußten. Schon von den Angeklagten war diese Thatsache gegen die Polizeiwachen und Agenten hervorgehoben worden, welche ausfanden, unmittelsbar bei Ausbruch des Tumults durch Steinwürfe angegriffen zu sein. — Der Abgeordnete Imbriani (bürgerlich-radikal) erklärt: Ich kenne Cipriani in Paris kennen und ehre und liebe ihn seitdem; dem er ist eine selbstlose Natur, sein Wesen ist erfüllt von Menschlichkeit, und er bezeugt die reinste, edelste Seele. Zeuge erklärt, er könne diese ganze Anklage in dem ungeheuerlichen Umfange nicht anders als absurd nennen. Wenn der Charakter dieses Prozesses noch nicht klar geworden sei, der sei blind oder wollte nicht sehen.

(Fortsetzung folgt.)



### Theater.

Donnerstag, den 17. März.  
**Opernhaus.** Cavalleria rusticana. (Bauern-Ehre.) Prometheus.  
**Schauspielhaus.** Wohlthätige Frauen.  
**Deutsches Theater.** Hans Loni.  
**Festung-Theater.** Großstadtluft.  
**Berliner Theater.** Der Hüttenbesitzer.  
**Königs-Theater.** Riquetto (Ma Cousine).  
**Wallner-Theater.** Sein bester Freund.  
**Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.** Das Sonntagskind.  
**Thomas-Theater.** Die Hochzeit des Reservoirs.  
**Sallealliance-Theater.** Onkel Bräutigam.  
**Ostend-Theater.** Am Altar.  
**Adolph Ernst-Theater.** Der Langteufel.  
**Festpalast.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebrüder Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Baummann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Honkordia-Palast-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Passage-Panopticum.**  
 Frauengehalten in 7 lebend. Bildern dargestellt von **Berliner Modellen.**  
 Ohne Extra-Entrée.

**Präuser's anat. Museum.**  
**Schluss** unvorderrücklich am 30. März, und vieles andere neu!  
**Influenza** für erwachsene Herren!  
**Täglich** Tag jed. Dienstag und Freitag.  
**Damen-**

**Castan's Panopticum**  
 Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.  
 Interessanteste Völkerkassette Inner-Afrikas:  
**Schuli**  
 b. Emin Pascha-Reich.  
 30 Personen, Männer, Frauen, Kinder.  
 Vorstellungen: 11, 12 u. 1 Uhr Vormittags, — 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr Nachmittags.  
 Entrée 50 Pf. Kinder 25 Pf.  
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

**Gratweil'sche Bierhallen**  
 Kommandantenstrasse 77-79.  
 Heute, sowie täglich:  
**Gr. Freikonzert.**  
 Anfang Hochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 20 Pf. Entrée. Anfang 6 Uhr.  
 Empfehle meinen berühmten Mittags-tisch à la Duval. Diner à 1 Mark. 3 Regelmahnen, 6 Billards, 2 Säle. 1169L

**Gr. Bock-Ausschank**  
 aus der Berliner Bock-Brauerei.  
**B. Nieft's**  
 Webersstr. 17. Fest-Säle, Webersstr. 17., sind noch einen Sonnabend im April frei und Sonntag d. 10. Palmsonntag.  
**Seeblöcher Reinigendort.**  
 Eröffnung: 2129 2  
 Sonntag, den 20. März.  
 Gr. Ball im Parquetisaal.  
 Es ladet ergebenst ein Wötcher.  
 Künstliche Zähne 2 Mark. Plomben von 1.50 M. an. Schmerzloses Zahnziehen 1 M. Sprechstunden 8-7 Uhr. Zahnarzt **Robert Wolf**, Chausseestr. 123, am Oranienb. Thor.

Verlag von Rob. Lutz, Stuttgart.  
 Soeben erschien in 4. Auflage: mit dem Erlaß des Prinzen Georg.  
**Ein Aufschrei misshandelter Soldaten.**  
 Von E. Miller, früher Hauptmann i. D. Preis 60 Pf. 2097L  
 In jed. Buchhandlung vorräthig.

### Circus Renz.

**Karlsruhe.**  
 Donnerstag, 17. März 1892, Abends 7 1/2 Uhr: „Auf Helgoland“, oder: Ebbe und Fluth. Große hydrologische Ausstattung: Pantomime in 2 Abtheilungen vom Direktor E. Renz. National-Tänze (65 Damen) u. Einlage: Garde-Husaren etc. Dampf-schiff- und Bootfahrten, neue über-raschende Licht- und Feuerwerke. 80 Fuss hohe Riesenfontaine. Außerdem: Aufstehen der Gebrüder Rasso. Zum 1. Male in Berlin. 1. Heben eines Orchesters von 12 Mann. 2. Trägt Ferdinand Rasso ein Klavier sammt Pianist, Flötist u. Violinist, welche schwebend eine Konzertpläne vortragen. Prinz Carneval und sein Gefolge, komisch equestre Arrangement mit 12 Freiheitspferden von Herrn Franz Renz. Coriolan, geritten von der Schulkreiterin Fräulein Oceana Renz. Aufstehen des Schulreiters Herrn Gabel mit dem Schulpferd Cyd. Die grossartigen Tromplinsprünge über 4, 6, 8 und 10 Pferde mit Doppel-Saltomortales. Sisters Lawrence am Steig. Trapez. Aufstehen der Reit-künstlerinnen Fräulein Rosa und Edith, sowie des Jockeyreiters Mr. Jules etc. Komische Entrees von sämtlichen Klawns etc.  
 Täglich „Auf Helgoland.“  
 Sonnabend Equestrische Gala-Vorstellung zum Benefiz für Herrn Franz Renz. Sonntag 2 Vorstellungen.  
 E. Renz, Direktor.

Donnerstag, den 24. März:  
**Abschieds-Vorstellung.**  
**Circus G. Schumann.**  
 Friedrich-Karl-Platz, Ecke Pariser.  
 Heute Abend 7 1/2 Uhr: **Große außerordentliche Vorstellung** mit neuem, vorzüglich gewähltem, aus dem besten Repertoire-Nummern bestehenden Programm.  
 Aufstehen des berühmten anerkannt besten Schulreiters der Gegenwart **Mr. James Filis**, das Schulpferd „Markir“ reitend.  
 Zum 2. Male. **Neu für Berlin!**  
**Der Krieg im Zululande,**  
 oder:  
**Die Verteidigung des Königs Cetewayo gegen die Engländer.**  
 Große historische Kriegs-Pantomime, arrangirt vom Direktor **G. Schumann**, ausgeführt von 250 Personen.  
 Freitag, den 18. März, gr. Vorstellung mit neuem Programm. Aufstehen des Mr. James Filis. Zum 3. Male: **Der Krieg im Zululande.**  
 Große historische Kriegs-Pantomime.  
 Sonntag, den 20. März, zwei gr. Vorstellungen, Nachmittags 3 1/2 Uhr (1 Kind frei) und Abends 7 1/2 Uhr.  
 Aufstehen des Mr. James Filis. **Der Krieg im Zululande.**

**Buchdrucker!**  
 Stimmbegabte Kollegen, die gewillt sind, einem neu zu gründenden Buchdrucker-Gesangsverein, der im Anschluß an den Arbeiter-Sängerbund die Pflege des Gesanges unter den Buchdruckern begreift, beizutreten, werden ersucht, zur Vorbesprechung am **Sonntag, den 20. März, Vormittags 11 Uhr**, im Restaurant **Wienecke**, Alte Jakobstr. 83, zu erscheinen.

**Arbeiter-Bildungsschule (Dittbeizirk).**  
 Sonnabend, den 19. März, 1892  
 in **Joß's Festsälen**, Andreasstr. 21:  
**Grosses Kränzchen**  
 verbunden mit Theater-vorträgen und sonstigen Belustigungen.  
 Anfang 8 Uhr. Herren 50 Pf., Damen 25 Pf.  
 Biletts sind in allen Schulen und folgenden Stellen zu haben:  
 H. Gumpel, Barnimstr. 42.  
 Elsholz, Markstr. 31.  
 Radke, Krautstr. 48.  
 Lock, Friedrichselderstr. 11.  
 Tempel, Breslauerstr. 27.  
 Hodler, Auguststr. 38.  
 Um recht zahlreichen Besuch bittet **Die Schulkommission.**

**Große öffentliche Versammlung der Berufs-Musiker**  
 am Sonntag, den 20. März, Vorm. 11 Uhr, im großen Saale des **Handwerker-Vereins**, Sophienstr. 15, zu der auch ganz besonders die Eltern und Vormünder, welche ihre Söhne resp. Mündel in eine Musiklehre geben wollen oder schon gegeben haben, eingeladen werden.  
 Tagesordnung:  
 1. Die Schäden und Mängel im Gehelingswesen des Musiker-berufes. (Referat aus gerichtlichen Akten.) Referenten: Herr Rechtsanwalt **Dr. Bonk**; Herr **J. Bumke**, Präsi. des Allgem. deutschen Mus.-Verb.; Herr **Dachs**; Herr Redakteur **Lackowitz**.  
 2. Diskussion.  
 Der Einberufer. 1822b  
**W. Krüger**, 1. Vorsitzender des Vereins Berliner Musiker, Schlegelstr. 16.

**Achtung!**  
**Fachverein der Holz- und Bretterträger**  
 Berlins und Umgegend.  
**Große öffentliche Versammlung für Männer u. Frauen**  
 am Freitag, den 18. März, Abends 8 1/2 Uhr, in **Hoffmann's Festsälen**, Oranienstr. 180.  
 (Nicht am 17. März, wie irrthümlich im „Vorwärts“ stand.)  
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Rehner** über: Freiheit von Stamm und die Sozialdemokratie. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Nach der Versammlung **gemüthliches Beisammensein und Tanz**. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet  
 Der Vorstand. 1895b

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Klara Wolgast** am 15. d. M., früh 9 1/2 Uhr, an den Folgen der Entbindung nach kurzem, aber schwerem Leiden gestorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. d. M., Nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle der Zionsgemeinde in Weissensee aus statt. Um stilles Beiseid bittet der tief-betrübte Gatte **Albert Wolgast**, Köpfer, Putzstr. 18, nebst vier unmündigen Kindern. 1893b

**Dankagung.**  
 Meinen herzlichsten Dank den Herren Kollegen nebst Sängern bei der Beerdigung meines lieben Sohnes **Fritz v. Weydenberg**. 1900b  
 Die Mutter **Gertrud v. Weydenberg**.

**Danksagung.**  
 Allen denen, welche meinem lieben Manne, dem Arbeiter **Carl Adolph**, die letzte Ehre erwiesen haben, meinen herzlichsten Dank. 1894b  
 Die trauernde Wittwe **Anna Adolph** und vier Kinder.

**Berichtigung.**  
 In dem Inserat Todesanzeige **Karl Adolph** muß es statt II. Wahlkreis VI. Wahlkreis heißen.

**Genossenschafts-Buchdruckerei**  
 (Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung).  
 Sonntag, den 20. März, Nachm. 5 Uhr, bei **C. Ern** zu Solingen:

**Generalversammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Geschäfts-Bericht. 2. Beschlußfassung über Anleihen. 3. Prüfung und Feststellung der Jahresrechnung. 4. Art der Revision. 5. Entschädigung des Vorstandes und Aufsichtsrathes. 6. Veranbarung über Ausdehnung der Genossenschaft.  
 425/7 **Der Vorstand.**

**Aufforderung.**  
 Hierdurch fordere ich alle diejenigen, die seit 1, 2 und 3 Jahren Bilden zum Einrahmen zu mir gebracht und selbige noch nicht abgeholt haben, auf, solche bis zum 1. April d. J. abholen zu wollen.  
**Karl Scholz**,  
 2130 2 **Wrangeistr. 32.**

**KRONENGARN.**  
**Rohtabak A. Goldschmidt**, Spandauerbrücke 6, am hiesigen Platze bekanntlich **Größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Savake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.  
**A. Goldschmidt**, Spandauerbr. 6, am Hache'schen Markt. 2069L

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
 für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
 Freitag, den 18. März, Abends 8 1/2 Uhr,  
 in **Kähler's Salon**, Möckernstr. 117, Ecke Teltowerstrasse.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Bedeutung des 18. März. Referent: **Stadtv. Frh. Jubell**.  
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragen.  
 450/5 **Der Vorstand.**

**Achtung! Große Achtung!**  
**sozialdemokratische Volksversammlung**  
 für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten)  
 am Freitag, den 18. März,  
 im **Böhmischen Brauhause**, Landsberger Allee 11-13.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Herrn **Dr. Bruno Schönkank** über die Bedeutung des Tages. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Komittees zur **Maifeier**.  
 Zur Deckung der Unkosten Zellerfassung. Alle Genossen und Genossinnen werden hiermit ersucht, in dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen. 891/16 **Der Vertrauensmann.**

**Kein Bierzwang! Keine Zellerfassung!**  
**Arbeitslosen-Versammlung**  
 der in der Buchbinderei, Papier- und Lederwaaren-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen  
 am Freitag, den 18. März, Nachmittags 2 Uhr, in **Feuerstein's Saal**, Alte Jakobstr. 75. 1892b  
 Es ist Pflicht aller Arbeitslosen, zu erscheinen. **Der Einberufer.**

**Große öffentliche Versammlung für Männer u. Frauen**  
 Freitag, den 18. März, Abends 8 1/2 Uhr,  
 im **Restaurant Otto Klein**, Schönlinstr. 6.  
 Tagesordnung: 1. Vortrag über die Bedeutung des 18. März. Referent: **Genosse Antwid**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Um zahlreichen Besuch ersucht **Der Vorstand.** 493/8

**Verein der Lithographen, Steindrucker und Beruifgen. Deutschl. (Filialen Berlins).**  
 Heute, Donnerstag, den 17. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von **Feuerstein**, Alte Jakobstr. 75 (ob. Saal):  
**Kombinierte Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Geschäftliches. a) Sommerfest resp. Stiftungsfest. (Wahl des Fest-Komittees.) b) Resolution der Steindrucker. 2. Die event. Verschmelzung der drei Filialen. 3. Abrechnung von der Matinee am 27. Dezember 1891. 4. Verschiedenes.  
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es notwendig, daß die Mitglieder pünktlich und recht zahlreich erscheinen.  
 446/8 **Die Verwaltungen. J. U.: Friedewald.**

**Möbel- und Ausstattungs-Magazin**  
 von **J. Adler**, Oranienstr. 47. Auch Theilzahlung gestattet. (2085L)

**UNIVERSAL-METALL-PUTZ-POMADE**  
 ADALBERT VOGT & CO. BERLIN FRIEDRICHSBERG.  
 Die in der ganzen Welt rühmlichst bekannte  
**„Helm-Putz-Pomade“**  
 ist nur unser Erzeugniß. Dosen mit anderen Helmen und nicht mit **unserer** Firma, weise man als werthlose Nachahmungen zurück.

**Ginsegnungs-Anzüge**  
 von 10, 12, 15, 18, 20, 22, 25 M. Prima. Knaben- und Burschen-Anzüge von 4, 5, 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20 M. Prima. 2131L  
**Goldene 110“**  
 110 Leipzigerstr. 110.

Alle gebrauchten Briefmarken kauft fortwährend. Prosp. gr. **G. Zechmeyer**, Nürnberg.

**Steppdecken!!**  
 größte Auswahl!! am billigsten in **Emil Lafèvre's Fabrik**, Berlin, Oranienstr. 158. [1890L]  
 1 Posten Schlafdecken mit kleinen reinn. Federn Stück 4, 6, 8 und 10 Mark. **Werth das Doppelte!!**  
 Muster Preisliste gratis u. franko.

**Flaschen und Krufen**  
 mit und ohne Patent-Verschluß liefert **Carl Erdmann**, Annonenstr. 17/18. Man fordere Preislisten. 492M

**Dr. Hoesch**, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonntag 8-10.  
**KRONENGARN.**

**Vereinsabzeichen**, Stempel u. Gravirung, empf. d. Genossen **G. Kleist**, Baldestr. 48.  
 Vereinszimmer und Regelbahn ist zu vergeben Zeughoßstr. 8 bei Lade. [1902b]  
**Mehl**, Vorloft, Holz u. Kohlen-geschäft mit Rolle zu verk. wegen Aufgabe des Geschäfts. **Jung, Woystr. 1.**  
**Nachweis!** gutgehend. **Brannerei-Andschant**, Gegend: **Haritzberg**, Fabr. neuer Viehhof. Passend für junge An-sänger. Wirtschaftssachen können übernommen werden, besonderer Umstände halber sofort. **Kdr. erb. Expedition d. Zeitung.** 1899b

Ein älteres Gränzgeschäft n. Rolle sof. zu verkaufen, eventuell übernehme Wohnung, Stromstr. 35. 1899b  
**Jüher-Unterricht** erth. **Wrangeistr. 91, 2. Hof Seitenfl. 3 Tr.** 1903b  
**Rixdorf, Berlinerstr. 69**, billige Wohnungen, Stube, Küche, Korridor 180-220 M., 2 Stuben, Küche, Korr. Balkon 310-400 M., desgl. Schmiede und Stellmacherei. 1492b

**Billige** freundliche Wohnungen von Stube und Küche **Wrangeistr. 5** (Haltestelle der Stadtbahn) zu vermieten. 1099b  
 Zwei II. Wohnungen, 95 u. 80 Zhr., zu verm. bei **Ziomer**, Gurystr. 17.  
 Frdl. möbl. Schlff. f. 2 P. à 6 M. **Frankfurterstr. 30, 5. 3 Tr.** bei **Weber** [1898b]  
 Zwei Genossen f. frdl. Schlff. **Pagel-bergerstr. 3, 5. 1 Tr.** bei **Lambrecht**. [1970b]

**Arbeitsmarkt.**  
 Schneiderin außer d. S. Eisenbahnstr. 28, S. b. **Frenzel**. 1896b  
 Drei Orgelbauer, einer auf **Binn**, zwei auf **Holz**, für sofort nach außerhalb. **Kdr. in der Exped. d. Bl. umf. A. S.** [1904b]  
 Vergoldergehilfen auf **Ranten** und farbige sofort gesucht **Goldbleiben-Fabrik**, Dresdenerstr. 38. 1891b







Kommunalwahl-Gesetzes; Presse und deren Verbreitung; Anträge aus der Mitte der Versammlung.

Zuschriften in Sachen der Konferenz sind an Richter Richard Schulz in Weingarten bei Jena zu richten.

In Dessau beauftragte eine sozialdemokratische Parteiverammlung den Vertrauensmann, auf der demnächst stattfindenden Konferenz der anhaltischen Sozialdemokratie seine Stimme dafür abzugeben, daß Genosse Heinrich Peus als Kandidat für den 1. anhaltischen Reichstags-Wahlkreis aufgestellt wird. Diese Konferenz wird Mitte April stattfinden, als Ort derselben ist Zerbst in Aussicht genommen.

Ueber die Lage der ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in der Provinz Schleswig-Holstein und den angrenzenden Landesteilen veranlaßt die sozialdemokratische Agitationskommission in Neumünster eine Statistik. Sollten Parteigenossen einzelner Orte noch nicht im Besitze der Fragebogen sein, so können sie dieselben von H. Lienau, Neumünster, Rietzerstr. 33, beziehen.

Ultramontanen. Ein schlesischer Pflaume neulich die Kanzel, um gegen die Sozialdemokratie folgendermaßen loszukommen: „Der Proletarier“ stammt von den Juden her, den Lesern des „Proletariats“ wäre es am besten, es würde ein Mißverständnis an ihren Hals gehängt und sie würden erkauft im Meere, wo es am tiefsten ist. Christus wird zu ihnen sagen: Weicht von mir, Ihr Verfluchten, in das ewige Feuer. Die Führer der Sozialdemokraten werden den Lesern des „Proletariats“ und der anderen schlechten Schriften nicht zu Hilfe kommen, wenn sie im ewigen Feuer brennen werden.“ Die schlesische Bevölkerung wird — soweit sie denkfähig — das Geschimpfe dieses Pflaume mit dem Gebote vergleichen: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“, und dann naturgemäß zu der Erkenntnis kommen, daß sie gar nichts Geseheneres thun kann, als sich der Sozialdemokratie zuzuwenden.

Räpische Mache. Der Einberufer einer am 6. März in Ruppertsgrün (sächs. Vogtland) stattgehabten Volksversammlung wurde noch an demselben Tage aus dem Militärverein ausgeschloffen. Er wird sich über die Trennung von solchen „Kameraden“ jedenfalls zu trösten wissen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Polizeiverordnung, betreffend öffentliche Kollekten und Sammlungen. Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein hat unterm 31. Januar cr. mit Zustimmung des Provinzialraths unter Aufhebung der Polizeiverordnung, betreffend Sammlungen in öffentlichen Versammlungen, vom 19. November 1890 (M. Bl. S. 432) für den Umfang der Provinz was folgt verordnet: § 1. Zur Ausschreibung und Abhaltung öffentlicher Kollekten bedarf es der Genehmigung des königlichen Oberpräsidenten. Die königlichen Landräthe und die Landrathskämmer der Stadtkreise Altona, Kiel und Flensburg sind ermächtigt, keine Kollekten zu öffentlichen Zwecken innerhalb ihrer Verwaltungsbereiche zu genehmigen. Die Abhaltung kirchlicher Kollekten außerhalb der Kirchengebäude unterliegt nach Art. III der Allerhöchsten Verordnung vom 19. August 1878 und Art. 32 Nr. 7 des Gesetzes vom 6. April 1878 der Genehmigung des königlichen Regierungspräsidenten. Keiner Genehmigung bedürfen die von kirchlichen Obergewalten für kirchliche Zwecke angeordneten Kollekten, welche innerhalb der Kirchengebäude gelegentlich des Gottesdienstes abgehalten werden (Kirchenkollekten). § 2. Zur Veranstaltung öffentlicher Sammlungen aller Art, welche nicht unter § 1 fallen, bedarf es der vorgängigen schriftlichen Genehmigung der Kreispolizeibehörde. § 3. Wer ohne Genehmigung der zuständigen Behörde öffentliche Kollekten oder Sammlungen auschreibt oder veranstaltet, oder wer den bei der Genehmigung festgesetzten Beschränkungen zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 50 M. bestraft, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haftstrafe tritt. Der Regierungspräsident hat im Anschluß hieran folgende Polizeiverordnung vom 4. März cr. veröffentlicht: Einziger Paragraph. Die Polizeiverordnung, betreffend die Vornahme von Kollekten, vom 17. August 1887 und die Polizeiverordnung, betreffend die Erhebung von Eintrittsgeldern in öffentlichen Versammlungen, vom 24. September 1890 werden aufgehoben.

Als Nachspiel zum Streik steht den Frankfurter Buchdruckern und den Arbeitern, die sie unterstützen, ein Roustrepotez bevor. Wegen Veranlassung einer nicht genehmigten Kollette (Litten-Sammlungen) fanden bereits über 20 Verordnungen und Verurtheilungen statt. Ein Verstoß gegen eine Regierungspolizei-Verordnung von 1877 soll vorliegen.

Die Kieler Polizei gestattete es nicht, daß die dortige Filiale des Deutschen Schmieverbundes am Sonnabend, den 12. März, ihr Stiftungsfest in der projektierten Weise feierte. Das Verbot gegen die bekannte, aus dänischer Zeit stammende Sabbatordnung. Auch die Schleswiger Regierung ließ das Fest nicht zu. Dem Marineverein und dem Hirsch-Lunder'schen Gewerbeverein ist, wie die „Nordd. Volksztg.“ mittheilt, in gleichen Fällen Urlaub erteilt worden.

Die Achener Straßammer hat die Gefängnißstrafe von 9 Wochen, welche einem Bergmann vom Schöffengericht zu Türen auferlegt worden war, weil er einen Polizisten beleidigt hatte, auf 14 Tage ermäßigt. Der Bergmann hatte in Gemeinschaft mit mehreren Gefangenen Arbeiterzeitungen in Langerwehe und Umgebung verbreitet und diese waren von dem Polizisten an sich genommen worden. Im Jörn darüber beledigte ihn der Bergmann.

Weslagnahme wurde die letzte Nummer der „Elsaß-Lothringischen Volksztg.“, wegen des der „Frankf. Ztg.“ entnommenen Artikels: „Widrige Worte“.

Buchdrucker Karl Höger in Wien, welcher durch mehrere Neben in sozialdemokratischen Versammlungen sich des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, sowie der Aufreizung schuldig gemacht haben sollte, wurde von den Geschworenen freigesprochen.

Redakteur Zille von Halle'schen Volksblatt wurde wegen Beleidigung des Rittergutsbesizers Bieler in Weich vom Landgericht zu 60 M. Geldstrafe verurtheilt.

## Lokales.

Wie neuen Einkommensteuer-Listen scheinen unter der Bourgeoisie der Weltstadt Spandau eine wahre Panik hervorgerufen zu haben. Das Resultat der Selbsteinschätzung der Spandauer ist zwar noch nicht bekannt geworden, aber der „Ang. f. d. Hans.“ kann berichten, daß sehr viele Deklarationen den Vorstehenden der Veranlagungskommission nicht befriedigt haben und daß die betreffenden Steuerzahler dann zur näheren Erklärung über ihre Einkommensverhältnisse veranlaßt worden sind. Dieselben werden wohl dann zu dem Ergebnis geführt haben, daß die Steuerbehörde eine etwas stärkere Anziehung erfahren haben wird.

Von einer ganz eigenen Art von Drückbrechern berichtet aber das erwähnte Lokalblatt weiter:

Weslachen haben hiesige Einwohner bei den Ausgaben über ihr Einkommen eine erstaunliche Naivität gezeigt. Leute, die sich notorisch eines guten Einkommens erfreuen und es zu einem gewissen Wohlstand gebracht haben, rechnen sich einen Betrag als steuerpflichtiges Einkommen heraus, bei welchem sie eigentlich, um ihren Haushalt bestreiten zu können, noch aus der städtischen Armenkasse eine beträchtliche Unterstützung erhalten müßten.

Wäre eine reizende Joville des Deklarationszwanges! Es wäre ganz nett zu erfahren, in welcher Weise diese Deklarationen erfolgt sind, denn es gehört doch schon eine gehörige Dosis von Unvorsichtigkeit dazu, die Staat beart hinter's Licht zu führen. Das Spandauer Lokalblatt hätte sich natürlich wohlweislich, daß Ding beim richtigen Namen zu nennen: es spricht nur von einer „erstaunlichen Naivität“, damit es den braven Spandauern nicht etwa zu nahe tritt. Es ist möglich, daß sich ähnliche Vorkommnisse auch in anderen Provinzialstädten wiederholt haben, denn es geht dem ehrenwerthen Bürgerthum nicht mehr wider den Strich, als wenn dasselbe von der süßen Gewohnheit des sorglosen Betragens des Staates abwiegen soll. Deshalb hat es wohl kein Steuerprojekt gegeben, welchem das Bürgerthum weniger freundlich gegenüber gestanden hat, als das Miquel'sche Einkommensteuer-Gesetz. Hier hört eben jede Mogelei auf und das Bürgerthum hatte sich an diese Mogelei so gewöhnt, daß es schon gar kein Unrecht mehr darin zu erblicken vermochte, wenn es systematisch von Jahr zu Jahr einen erheblichen Betrag an Steuergeldern hinterzog. Daß das jetzt ein Ende haben soll, betrübt die guten Seelen auf das Schmerzlichste. Niemand aber hat dieser Schmerz einen egreiferenden Ausdruck gefunden, als in der Stadt des Juliusthürmes. Die Leute mit dem „gewissen Wohlstand“ deklarieren gleich Almosenempfängern! Die Bürgerkronen den gewissenhaften und wahrheitsliebenden Spandauern!

Inseratensindien hat ein Korrespondent der „Köln. Ztg.“ gemacht, indem er den Inseratenthail der Berliner bürgerlichen Zeitungen durchstöberte. In der letzten Nummer des rheinischen Blattes wird eine niedliche Blüthenlese von Anzeigen veröffentlicht. Wir greifen aus derselben die Heirathsgesuche heraus, weil diese den Beweis liefern, welchen Begriff die bürgerlichen Kreise von der vielgerühmten „Heiligkeit der Ehe“ haben. Der Korrespondent hat von diesem Heirathsmarkt selbst einen abstoßenden Eindruck erhalten: „Für die gesunde Empfindung giebt es kaum etwas, was mehr abstoßt, als diese Ehegesuche. Zuweilen mögen die Verhältnisse eine solche Anzeige rechtfertigen. Es giebt thatsäglich Männer, die ins reife Alter gekommen sind, ohne vor Arbeit Zeit zu finden, ein Weib zu suchen, und die wirklich inneres Verlangen nach ruhiger Häuslichkeit empfinden. Im Allgemeinen aber prägt sich in der ganzen Fassung aus, daß es sich nur um ein Geschäft handelt, wenn auch neben den 50 000 M. noch „Gemüth“ gefordert wird. Sehr oft wird das letztere garnicht erwähnt, sondern blank ausgesprochen, daß wegen Uebernahme einer Gastwirthschaft, einer Schlichterei u. s. w. eine Frau mit so und so viel Tausenden gesucht werde.“

Daß es auch Angehörige der „besseren Schichten“ nicht anders machen, weist der Korrespondent an folgenden Anzeigen nach:

„Bekanntschaft mit vermöglicher Dame behufs Heirath und Gründung einer Buchhandlung sucht junger Buchhändler.“ Nachkommant und Notar, 31 Jahre alt, gemüthvoll, heiter, Christ, mit sehr kleinen Fäden (H) ... wünscht sich ... in süße Fesseln schlagen zu lassen. Damen ... nicht ohne Vermögen ... u. s. w.“ Die „sehr kleinen Fäden“ sind „einsig dastehend“. Ein Mediziner von 22 Jahren zeichnet sich durch merkwürdige Großgeistigkeit aus; er sucht eine reiche Wittve bis 25 J. auch mit 1-2 Kindern; „Konfession gleichgültig, da er unter allen Umständen diejenige seiner zukünftigen anzunehmen gewillt ist“. Das scheint ein sehr zuverlässiger Charakter zu sein! Ein Maler will seine Studien vollenden; er sucht eine „vermögende“ Frau; ein „älterer Student“ hat nicht genug Geld für die Prüfungen; er verlangt ein vermögendes Mädchen; ein „junger, schöner, außerst solider Graf“ wünscht eine reiche Frau, Religion Nebenache“ (man kann nicht deutlicher sein); ein „vollendeter Kavaliere von uraltem Adel will heirathen, aber: nur sehr reiche Damen mögen sich melden (auch Jüdinnen nicht ausgeschlossen)“.

Nicht selten werden kleinere Beträge von einem jungen, angenehmen Herrn“ von einer reichen Dame gesucht — von 100 M. an bis zu einigen Tausenden; den Nachsatz bilden die Worte: „Spätere Heirath nicht ausgeschlossen.“ Von weiblicher Seite werden Anzeigen minder oft erlassen. Aus diesen Proben geht klar und deutlich hervor, daß in den bürgerlichen Kreisen das Heirathen einfach als — Geschäft betrachtet wird und daß von einer „Heiligkeit“ der Ehe gar nicht mehr die Rede ist.

Die Heberbüdung der Eisenbahn-Beamten ist wieder einmal gerichtskundig geworden. Vor der ersten Straßammer des Landgerichts I fand, wie wir gestern berichteten, die Verhandlung über das Friedrichsberger Eisenbahn-Unglück statt. Es handelte sich bekanntlich um das Ausschlagen eines Güterzuges auf eine Anzahl anderer Güterwagen, welche sich von einem den Friedrichsberger Bahnhof passirenden Zuge losgerissen hatten. Näher auf die Ursache des Unglücks einzugehen, liegt an dieser Stelle keine Veranlassung vor, wir wollen nur noch einmal erwähnen, daß zwei der Angeklagten freigesprochen wurden, weil sie nachweisen konnten, daß sie, als das Unglück passirte, bereits 24 Stunden Dienst gethan hatten. Ein anderer der Angeklagten kam mit einer außerordentlich milden Strafe davon, weil er nach 20 stündiger Dienzeit sich in einen Lohnstahl gefügt hatte und dort schließlich eingeschlafen war. Dieser letztere Angeklagte verlor den verantwortungsvollen Dienst eines Stationsassistenten.

Während also auf der einen Seite ein heftiger Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit tobt, während der Staat von seiner Fürsorge für seine Arbeiter nicht genug Aufhebens machen kann, hat eine kaallische Behörde in ihrem Betriebe eine Arbeitszeit von 20 bis 24 Stunden hintereinander! Man wende uns nicht ein, daß die Beamten auch ganz „dienstfreie“ Tage hätten. Daß ihnen denn diese, wenn der Mann so heruntergeradert nach Hause kommt, daß er wie halbtoot ins Bett fällt und in einen todenähnlichen Schlaf verfällt. Aus der Gerichtsverhandlung hat es sich ja ergeben, daß der Beamte nach 20 Dienststunden vor Ermattung in einem Lehnstuhle eingeschlafen ist. Kein Privat-arbeitgeber hat heute mehr den Muth, von seinen Arbeitern zu verlangen, daß sie einen vollen Tag und beinahe eine volle Nacht ununterbrochen in seinem Betriebe thätig sind. Der Staat aber, derselbe Staat, welcher den Privat-Unternehmern mit gutem Beispiel vorangehen soll, hat in seinen Betrieben einen Normalarbeitslag, vor welchem jeden Arbeiter die Haare zu Berge stehen.

Was bei einer solchen Arbeitszeit von dem Familienleben noch übrig bleiben soll, ist unschlechterdings unerfindlich. Noch unerfindlicher aber ist und die Thatfache, daß gerade im Eisenbahnbetrieb solche Ueberanstrengung gang und gäbe ist. Die geringste Unachtsamkeit kann Hunderten von Menschen das Leben kosten und weitere ungezählte Hunderte können unglücklich gemacht werden. Nun bedarf es aber der vollen Aufmerksamkeit und Geistesgegenwart eines geistig frischen Menschen, um dem schwierigen und komplizirten Dienst gerecht zu werden. Es handelt sich im Bahnbetrieb nicht nur um die übermäßige Ausnutzung der Arbeitskraft der Angestellten, sondern es handelt sich auch um das Wohl und Wehe der Passagiere und deren Angehörigen. Diese Gründe müßten unseres Erachtens nach mit zwingender Nothwendigkeit zur Einführung des Achtfünftages führen, denn wenn eventuell Menschenleben in Betracht kommen, haben Ersparnißsüchtigen nicht mehr mitzureden.

Ist kein Rührmann da? Als Entschädigung für den aufreißenden Dienst, welchen die Schuhmannschaft gelegentlich der Straßentrawalle zu verrichten hatte, geht man an zukünftiger Stelle, wie einer Lokalkorrespondenz mitgetheilt wird, mit der Absicht um, den Beamten für ihr „braves Verhalten“ eine außerordentliche Soldzahlung zu gewähren. In welcher Höhe dies geschehen soll, steht noch nicht fest.

Die Petition der Arbeiter-Bildungsschule um Ueberlassung von Schulräumen ist, statt an die Petitions-Kommission, an den Staatsauschuß überwiesen worden und soll schon heute gelegentlich der Etatsberathung zur Verhandlung kommen, falls der Antrag, die Petition an die Petitionskommission zu verweisen, abgelehnt werden sollte.

In unserem Artikel „Die Berliner Volksküchen“, in Nr. 64, erste Beilage, muß es statt: „Es ist einfach bewiesen worden, daß Frau Lina Morgenstern u. s. w.“ natürlich heißen: „Es soll einfach bewiesen werden, daß Frau Lina Morgenstern mit ihren „Volksküchen“-Betreibern und die-bezüglichen Schriften am Ende doch nicht überflüssig ist, sondern Beachtung und Berücksichtigung verdient.“ Hat Frau Morgenstern die Klame denn so nötig, daß ihr selbst der Druckfehler-Zeusel Beachtung und Berücksichtigung erschwindeln muß?

Eine neue Schloßlotterie wird wieder geplant. Um die Aussicht vom königlichen Schloß aus zu verbessern, sollen die Häuser am Schloßplatz zwischen dem Marstallgebäude und der Sprer erweitert, und die Kosten hierfür durch eine Lotterie aufgebracht werden. Der Lotterie steht noch eine große Zukunft bevor. Kirchbau-Lotterien sind nichts Seltenes, Kunst und Pferdelucht werden durch die Lotterie gefördert, und wenn erst die Religion wieder das ganze Volk durchdringt, dann können Religion und Lotterie mit einander in engem Zusammenhang gebracht werden. Dann wird man zwar nicht mehr von „Gottes Segen bei Cohn“ reden, wohl aber von Gottes Segen unter dem Schirm aller Heiligen.

Ueber die Niederschlagsverhältnisse von Berlin und seiner Umgebung bringt der von Prof. Hellmann verfaßte Jahresbericht des Berliner Zweigvereins der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft u. A. folgende Angaben: In erster Linie ist das Ergebnis der Niederschlagshöhe des ganzen Jahres bemerkenswerth, insofern als sich darin der nasse Sommer, den wir hatten, unverkennbar wieder spiegelt; während nämlich nach den in den 43 Jahren von 1848 bis 1890 innerhalb der Stadt Berlin gemachten Beobachtungen die mittlere jährliche Niederschlagshöhe 684 Millimeter beträgt, zeigt das Jahr 1891 eine Erhöhung dieses Wertes um nahezu 100 Millimeter, und stellt sich hiermit den niederschlagsreichsten Jahren, die Berlin in dem genannten Zeitraum überhaupt gehabt hat, an die Seite. Ebenso interessant ist das weitere Ergebnis, daß das Spreetal westlich von Berlin reichlichere Niederschläge hat als die Stadt selbst und das südlich von der Sprer gelegene Gebiet in der Richtung Zoologischer Garten — Joachimsthalsches Gymnasium. Die aus dem Westen herankommenden Gewitter-Regengüsse haben ihre größte Stärke unmittelbar vor Berlin und erreichen die Stadt in geschwächtem Zustande. Im Einklang damit steht die Thatfache, daß in den Vororten westlich von Berlin mehr Gewitter vorkommen als innerhalb der Stadt und östlich von ihr. Die große Häusermasse der Stadt scheint einen abschwächenden Einfluß auf die von Westen herankommenden Gewitter auszuüben. Die Erfahrung, daß in Charlottenburg heftigere Gewitterregen als in Berlin niederbeugen, sollte künftig bei praktischen Fragen, wie Kanalisation und dgl., nicht außer Acht gelassen werden. Die genannten Thatfachen wurden auf Grund der Beobachtungen ermittelt, welche auf dem von dem Meteorologischen Verein eingerichteten Regennetz-Versuchsfeld angestellt worden sind. Dieses umfaßte ursprünglich — bei seiner Begründung im Jahre 1885 — ein Gebiet von 40 Quadrat-Kilometer, wurde aber später vergrößert und befißt gegenwärtig 15 Regennetz-Stationen.

Die Zeitungsnotez betreffend des Reifkorbes, den ein fremdes Dienstmädchen, dem später von einem Unbekannten ihr Dienstabgenommen worden ist, in einer hiesigen Wirthschaft zur Aufbewahrung hinterlassen hatte, ist von Erfolg begleitet gewesen. Der Wirth des betreffenden Lokals, welcher das Mädchen nicht mehr finden konnte, hat sich bei der Polizei gemeldet und der Korb ist seiner Eigenthümerin wieder zugestellt worden. Die Vermuthung, daß der Unbekannte sich des Dienstabgenommene würde, um sich in den Besitz des Korbes zu setzen, hat sich somit nicht bestätigt, und es ist nicht klar, was ihn veranlaßt hat, das Buch mit Gewalt an sich zu bringen. Vermuthlich wollte sich der Mann Legitimationspapiere für eine Frauenperson verschaffen, die Gründe hat, unter falschem Namen aufzutreten.

Der Mord an der Postkassierersfrau Wende, der fast in Vergessenheit gerathen ist, giebt der Kriminalpolizei und dem Untersuchungsrichter noch immer Arbeit. Kürzlich ist aus irgend einer Veranlassung ein bekannter Jubaliter Namens Herzle, in Untersuchungshaft genommen worden. Dieser hat dem Untersuchungsrichter mitgetheilt, daß seine „Braut“, die Kellnerin Elsa Glampe, den Mörder der Wende ganz genau kenne, daß sich derselbe noch heute in Berlin aufhalte, und daß die Glampe dessen Aufenthalt genau wisse. Wenn nun auch auf solche Aeußerungen nicht viel zu geben ist, so steht doch fest, daß die einzige Möglichkeit der Ergreifung des Mörders nur gegeben ist, wenn aus Verbrecherkreisen demüthigt wird. Jede solche Erzählung muß daher genau geprüft werden. Aus diesem Grunde wurde auch die Kellnerin gestern vor dem Untersuchungsrichter vernommen. Das Resultat der Vernehmung wird natürlich geheim gehalten.

Ein Einbruch ist in der Nacht zum letzten Sonnabend in das Kolonialwaaren-Geschäft von Hermann Krämer, Roman-dantenstraße 22, ausgeführt worden. Der nächtliche Besuch war dem Laden zugedacht, welcher über dem Geschäftszug. Lager-leiter liegt, und dieser letztere ist sowohl vom Laden als auch vom Hausflur aus zugänglich. Die vom Keller gange aus in den Lagerraum führende Thür ist innen mit hartem Eisenblech beschlagen und außerdem durch querliegende Eisenstangen verriegelt, der Keller gang selbst ist abgepflegt. Diese Einrichtung muß den Dieben bekannt gewesen sein; denn sie haben an ein Ausschneiden oder an eine Sprengung der Thüre sich gar nicht heran-gemacht. Dagegen rissen sie das Pflaster auf und unterminirten den Eingang in seiner ganzen Breite. Hierauf stiegen sie anscheinend mit den Häfen ein quer vor der Thür liegendes Ungarweinfäß zurück und frochen nun durch den unterirdischen Gang ein. Von hier wurde die Treppe nach dem Laden leicht erstiegen. Von dem in dem Laden befindlichen Geldschrank sprengte man mittelst Stemmeißens die Holzthür des Untergestelles, fand aber darin nur Geschäftsbücher und nicht mitrechenwerthe Papiere. Der obere gepanzerte Theil des Geldschrankes ist indeß überhaupt nicht angegriffen worden. Es scheint demnach, als ob es sich um „Fach-männer“ in Bezug auf Geldschrank-Einbrüche nicht gehandelt habe. Dagegen haben die Diebe dem Ladeninhalt arg mitgespielt, indem sie große Mengen von Zigarren, gebrannten Kaffee, Chocoladen u. dergl. m. entführten. Im Uebrigen müßten sich die Spitzhüben durchaus sicher gefühlt haben, denn sie haben u. A. Nummerbüchsen geöffnet und den Inhalt verpeist. Die Höhe des dem Geschäftsmann zugefügten Verlustes ist noch nicht zu übersehen, ebensowenig sieht es fest, auf welche Weise die Waare fortgeschafft worden ist.

In Magdeburg sind den dort verhafteten Einbrechern Miller, Niemer und Röhn folgende Gegenstände abgenommen worden, deren rechtmäßige Eigenthümer aufgefördert werden, sich bei der hiesigen Kriminalpolizei zu melden: Ein großer Revolver mit Ring zum Anhängen, eine Ruckelbirne mit Hieroglyphen, acht neue Schilde mit dem Stempel der Firma Otto Koch in Hannover, drei weiße Taschentücher, gezeichnet „W. K.“, 9 kleine Taschentücher mit schwarzer Schärpe, 26 Stück verschiedenes Wand, eine Loupe, eine Altersversicherungskarte, ausgestellt zu Ernst für den Arbeiter H. Langmuß, eine Altersversicherungskarte für den Gewerbetreibenden Karl Hemming, eine Altersversicherungskarte für den Handlungsbrechen H. Ziegenfuß aus Hannover,



eine Altersversicherungskarte für den Buchhalter Louis Werner aus Braunschweig, eine Anmeldebefreiung des Hutfabrikanten Georg Nientold zu Hannover, eine größere Anzahl Kinder-Palstetten, Korbhänder und Ohringe aus Bernstein und Korallen, 20 unechte Brocken und eine Zigarrenspitze aus Meerscham mit zwei Pferden.

**Polizeibericht.** Am 15. d. M., Morgens, fiel ein Tischler vor dem Hause Brunnenstr. 124 b zur Erde und erlitt eine so bedeutende Quetschung des Oberhalses, daß er nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden mußte. — Im Hofen-Bassin, am Potsdamer Bahnhof, wurde zu derselben Zeit die Leiche eines Arbeiters angeschwemmt. — An der Ecke des Reichstags-Ufers und der Neustädtischen Kirchstraße wurde nachmittags eine Frau durch einen Bierwagen überfahren und anscheinend schwer verletzt. — Abends wurde ein Arbeiter in seiner Wohnung in der Vorpostenstraße erschlagen vorgefunden. — Im Laufe des Tages und am darauffolgenden Morgen fanden 3 kleine Brände statt.

## Gerichts-Beitrag.

In der „Großstadtluft“ verdorben ist der Kommissar Anton Neufert, welcher gestern wegen Diebstahls und Urkundenfälschung vor dem vierten Straßengericht I stand. Der Angeklagte stammt aus Süddeutschland und ist der Sohn eines sehr wohlhabenden Bankiers, welcher ein größeres Bankgeschäft betreibt und mit verschiedenen Berliner Bankfirmen in Verbindung steht. Zu einer derselben gab er seinen Sohn als Volontär. Der junge Mann wurde für die Bedürfnisse der Großstadt sehr reich ausgestattet, denn er erhielt ein Monatsgeld von 300 M. und hatte auch sonst noch mancherlei Vergünstigungen. Trotzdem gerieth derselbe in Schulden, denn er wurde durch läderliche Gesellschaft mit fortgerissen, fing an zu spielen und hatte Bedürfnisse, für welche selbst sein Monatslohn nicht ausreichte. Anstatt sich nun seinem Vater oder dem Protokollisten des väterlichen Geschäfts anzuvertrauen, welche seiner eigenen Erklärung nach dem jungen Manne sofort die nötigen Summen geschickt haben würden, betrat dieser die Bahn des Verbrechens. In einem unbemerkten Augenblick stahl er aus dem Tresor des Bankiers B., bei welchem er als Volontär arbeitete, drei preussische Kronen in der Höhe von 1200 M. und machte dieselben in verschiedenen Wechselgeschäften zu Gelde, wobei er noch mit fremdem Namen quittierte und sich auf diese Weise mehrere Urkundenfälschungen schuldig machte. Die ungetreue Handlung des jungen Mannes wurde erst entdeckt, als derselbe bereits in ein anderes Bankgeschäft übergetreten war. Ein hiesiger Vertreter des Herrn B. bezahlte die fehlende Summe sofort zurück, die Sache ließ sich aber nicht mehr aus der Welt bringen, denn ein Buchhalter hatte, ohne damit gerade seinem Chef einen Gefallen zu tun, dieselbe zur Anzeige gebracht. Der Gerichtshof neigte sich nach dem Antrage des Rechtsanwalts Broner einer „milden Beurteilung“ zu, erkannte aber doch auf drei Monate Gefängnis.

Auf den Straßen werden den Passanten jetzt häufig Geschäfts-Empfehlungen in die Hand gesteckt, welche annähernd das Aussehen eines Kaufscheines haben. Es scheint nicht bekannt zu sein, daß nach § 300 ad 6 des Strafgesetzbuches mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft wird, wer Waaren-Empfehlungen, Anklindigungen oder andere Drucksachen oder Abbildungen, welche in der Form oder Verzierung dem Papiergelde ähnlich sind, verbreitet. Wegen Verstoßes gegen diese Bestimmung stand gestern der Friseur Janke vor dem hiesigen Schöffengericht. Derselbe hatte eine Empfehlungskarte verbreiten lassen, deren Vorderseite entfernt wie eine Tausendmark-Note ausgemalt war, bei näherem Zusehen aber die Inschrift trug: „Souvenir. Bezahlt gegen diesen Schein keine Tausend Mark — zur Strafe aber derjenige, der diesen Schein für einen echten hält.“ Der Angeklagte war in der glücklichen Lage, dem Gerichtshofe zum Vergleich einen echten Tausendmarkschein vorzulegen und er überreichte außerdem eine ganze Sammlung ähnlicher Reklamekarten, welche den Pfand- und Pfandmarktscheinen ähnlich sahen. Der Gerichtshof hatte gar kein Bedenken, daß unter den letzteren viele Straffällige sich befänden, den Angeklagten aber sprach er frei, weil er sich aus dem Augenschein überzeugt hatte, daß eine Ähnlichkeit mit einem Tausendmarkschein nicht vorlag.

Die Frage, ob es zulässig ist, die zum Vermischen mit Kohlensäure bestimmten Fruchtstücke künstlich zu färben, beschäftigte gestern die 126. Abteilung des Schöffengerichts. Der Fruchtstift-Fabrikant L., welcher das Färbeverfahren bei seinen Erzeugnissen zur Anwendung bringt, hatte sich deshalb eine Anklage wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz angezogen. Als Sachverständiger war der Besitzer der roten Apotheke, Apotheker Marggraf, geladen, welcher den Angeklagten durch sein Gutachten vollständig entlastete. Derselbe erklärte, daß es unmöglich sei, eine Himbeer-Limonade mit reinem Natursaft so herzustellen, daß das Produkt die kennzeichnende Farbe des Saftes behalte, die rote Farbe der Himbeere verändere sich durch die Einwirkung der Kohlensäure sofort zu einer bläulichen, die außerdem einen Bodensatz bilde. Da müsse der Fabrikant sich eben mit einem künstlichen Mittel helfen, welches der Limonade die rote Farbe ertheile, welche dem natürlichen Saft der betr. Frucht eigen. Wenn diese Farbe eine durchaus unschädliche sei, so könne deren Anwendung als ein Verstoß gegen das Nahrungsmittel-Gesetz nicht angesehen werden. Da der Angeklagte nachwies, daß er die letztere Bedingung erfüllte, so ließ der Staatsanwalt auf Grund des Gutachtens des Sachverständigen die Anklage fallen und beantragte Freisprechung, auf welche der Gerichtshof erkannte.

## Verfassungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den sechsten Wahlkreis hielt am 15. März eine Versammlung ab, in der zunächst Herr Hennig über das Thema „Die Auflösung der Partei des Jahrhunderts“ sprach, dabei seine Ausführungen an die Punkte 5, 6 und 7 der Forderungen unseres Programms an den heutigen Staat knüpfend. Den ungeliebten Beifall der Versammlung fand nur der letzte Teil des Vortrages, der sich mit Punkt 6 (Erklärung der Religion zur Privatsache etc.) und 7 (Weltlichkeit der Schule etc.) beschäftigte. Was dagegen Redner als seine persönliche Meinung zu Punkt 5 ausführte, fand in der Diskussion lebhaften Widerspruch bei einem Teile der Anwesenden. Unter Nr. 5 fordert unser Programm: „Ab-schaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Beziehung dem Mann unterordnen.“ Der Referent führte dazu aus, es sei nicht Recht, daß die Frau auch in die Fabrik gehen müsse; die Frauen der Reichs hätten das doch nicht nötig. Es bedeute das für den Arbeiter einen Abbruch an der Ehe, die Spannkraft des Weibes gehe dabei viel zu schnell verloren, ganz abgesehen von der demoralisierenden Wirkung, welche der Aufenthalt in der Fabrik auf das Mädchen über die Frau ausübe. Er, Redner, stehe auf dem Standpunkte, die Frau gehöre in das Haus, um sich der Kindererziehung zu widmen und das Heim der Familie behaglich zu gestalten. Die Frau sollte indes an allen Versammlungen Teil nehmen, um sich zu bilden, denn nichts bilde so sehr wie die Befprechung der die Zeit bewegenden Fragen. In politischer Beziehung seien der Frau dieselben Rechte wie dem Manne einzuräumen. — In der lebhaften Diskussion, die sich an den Vortrag schloß, nahmen

wiederholt die Genossen Scholz, Töpfer, Biezholt, Zschau, Müller, Pense, Reinhardt, Feuer, Koopmann, Bornemann und der Referent das Wort. Letzterer, um seine von Scholz, Biezholt, Zschau u. A. scharf angegriffenen Ausführungen aufrecht zu erhalten und zu verteidigen. Die Gegner des Referenten betonten den obersten Grundsatz unseres Programms: „Gleiches Recht für Alle“ und meinten, wenn der Mann arbeite, brauche die Frau nicht ein bescheidenes Dasein zu führen. Dem Einwurfe des Referenten, die Frau sei infolge ihres jarten Baues zu vielen Arbeiten zu schwach, begegnete sie mit dem Hinweis auf die Verhältnisse, wie sie heute tatsächlich liegen, wo die Frau selbst zu den schwersten Arbeiten herangezogen wird. Im Uebrigen sei die Frau ja zu einer rechten Erziehung der Kinder heute gar nicht fähig, dazu sei sie selbst zu wenig erzogen. Es sei deshalb zu fordern, daß der Staat die Erziehung der Kinder übernehme und sie solchen Personen anvertraue, die etwas davon verständen. Beschränkte man die Frau auf die Thätigkeit in der Wirtschaft, so erhalte man sie vom Manne abhängig, was der Gleichberechtigung widerspreche. Aus dem übrigen Verlaufe der Sitzung sei noch folgendes wiedergegeben. Genosse Moos machte darauf aufmerksam, daß die Arbeiter es schon jetzt in der Hand hätten, für eine aufgeklärte Erziehung ihrer Kinder zu sorgen, was diejenigen, welche aus der Kandelkirche ausgetreten sind, ihre Kinder von dem Religionsunterricht über städtischen Schulen dispensieren ließen; die Alerwenigsten hätten das aber bisher gethan. Die Versammlung beschloß, am Samstag eine Hauptversammlung zu unternehmen, und ging nachdem noch einige Fragen beantwortet waren, mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie auseinander.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 5. Reichstags-Wahlkreis hielt am 15. März eine Versammlung ab, in welcher Herr Ringsdorf über das Thema sprach: „Stützen aus dem Glend des Proletariats unserer Kulturländer.“ In der Diskussion produzierte ein „Unabhängiger“ u. A. die bekannten Redensarten gegen den Parlamentarismus; er wurde vom Genossen Giepenzorg widerlegt. Die Versammlung beschloß dann die Beteiligung des Vereins an der Schmückung der Gräber der Märtyrgefallenen.

Heber die Generalversammlung der Glaser-Zinnungs-Kassenkasse, welche am 4. März bei Hennerstein stattfand, geht uns folgender Bericht zu: Trotdem die Versammlung von nur ungefähr 50 Mitgliedern besucht war — eine große Anzahl war schon am 1. Januar ausgefallen und in freie Hülfsklassen übergetreten — und obwohl sämtliche Zinnungsanhänger aufgebieten waren, gelang es der Verwaltung doch nicht, einen einzigen Punkt der Tagesordnung in ihrem Sinne zu erledigen. Die Abnahme der Jahresrechnung wurde verweigert. Die Revisionen hatte sich die Verwaltung selbst ermannt, was die Versammlung nicht anerkannte. Als die Versammlung von dem statutarischen Rechte Gebrauch machen wollte, nach welchem der Generalversammlung eine nochmalige Revision zusteht, gab der Obermeister zu verstehen, daß ja die Kasse gut geführt, von der Aufsichtsbehörde auch revidiert sei und wir eigentlich nur dazu noch zu nicken hätten. Bei der Festsetzung der Besoldung und Entschädigung der Vorstandsbeamten kam es zu lebhafter Debatte. Der Obermeister unterdrückte jeden Redner, sobald er anderer Meinung war. Bei einer vorjährigen Generalversammlung war bestritten worden, daß keine Generalversammlung bis dato dem Gehalt des Kassendirektors zugestimmt hätte. Der Vorstand behauptete das Gegenteil. Hatte man nun vorher geglaubt, daß es sich diesmal um eine Erhöhung des Gehalts handelte, so verurteilten alle, als von Seiten des Obermeisters erklärt wurde, es handele sich absolut nicht darum, sondern nur um die Sanktionierung des bisherigen Gehalts. Wahrscheinlich ist es erst jetzt festgestellt worden, daß das Gehalt des Kassendirektors jetzt tatsächlich ohne Bewilligung bezahlt worden ist. In Anbetracht der Thatsache, daß der jetzige Kassendirektor ein notorisch wohlhabender Mann und Hauseigentümer ist und nach unserer Auffassung nur aus Liebe zum Zinnungsweesen als Kassendirektor fungirt, wurde von den Mitgliedern beantragt, das Gehalt um 10 pSt. zu kürzen und dementsprechend die Kassenleistungen zu erhöhen. Dieser Antrag fand Annahme. Als nun auch dem ersten Kassendirektor das Gehalt um 10 pSt. gekürzt werden sollte, widersprach der Obermeister. Der Antrag wurde in dessen gleichfalls angenommen. Jetzt sollte nach Auf-fassung des Obermeisters auch dem zweiten Kassendirektor das Gehalt um 10 pSt. gekürzt sein. Das betreffende Mitglied hatte aber beim Stellen des Antrages hervorgehoben, daß es sich nur um den ersten Kassendirektor handelte und daß der Posten des zweiten, weil überflüssig, überhaupt gestrichen werden solle. Da hierzu der Vorstand seine Einwilligung nicht gab und die Mitglieder auf dem Antrag bestanden, so wurde die Versammlung geschlossen. Die Begeisterung, mit welcher das Hoch auf die Sozialdemokratie aufgenommen wurde, bewies, daß sich die Mehrzahl der Berliner Glasergegessen schon längst von den Zinnungsbestrebungen frei gemacht und die Bahn der modernen Arbeiterbewegung betreten hat. Der Glaser Schlegel fungirte auch diesmal wieder als sogenannter Mitgeselle, ohne überhaupt dazu gewählt zu sein.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend hielt am 6. März zwei Bezirks-versammlungen ab, eine im Norden (Wedding) und eine im Südosten. Die Kollegen Blurod und Wille referirten über das Thema „Zweck und Ziele des Vereins“. Beide kamen zu dem Schluß, daß das Hauptziel des Vereins ist und sein wird, immer neue Kämpfer heranzuziehen bzw. auszubilden, damit er einmals als maßgebender Faktor für die gerechte Arbeiterfrage eintreten kann. Ferner forderten sie zum Beitritt und zu reger Partizipation für den Verein auf. An der Diskussion beteiligten sich in ersterer Versammlung die Kollegen Witte, Großmann, Scheel u. A. Hieraus wurde folgende vom Kollegen Blurod gestellte Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute versammelten Mitglieder des Nordens Berlins verpflichten sich Mann für Mann energisch dafür einzutreten, daß der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend Karl an Mitgliederzahl werde, damit derselbe auch in der Lage ist, als bestimmender Faktor für die Interessen seiner Mitglieder eintreten zu können.“

Am 10. März referirte Genosse Kessler in einer sehr gut besuchten Mitglieder-versammlung über die Bedeutung und Ziele der Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie unter Verbeugung eines interessanten historischen Materials, und kam zu dem Schluß, daß wir auf rein gewerkschaftlichem Wege durchaus nicht alles das erreichen können, was wir wollen, sondern die politische Bewegung mit der gewerkschaftlichen Hand in Hand gehen müsse. Er ermahnte deshalb zum treuen Festhalten am Verein nicht nur in der guten, sondern auch in der schlechten Zeit, denn nur dadurch könnten und würden wir zum Ziele gelangen. Hieraus erplatteten die Revisoren den Monatsbericht und erklärten, daß Kasse, Bücher und Belege revidiert und alles in bester Ordnung befunden sei. Kollege Wendt theilte schriftlich mit, daß er sein Amt als Revisionskommissions-Mitglied niederlege; an seiner Stelle wurde Kollege Heinrich Fiedler gewählt. Die Frage: Was versteht man unter Kampfproletariat? rief eine lebhafteste Debatte hervor und wurde vom Genossen Kessler genügend beantwortet. Dann theilte Kollege Karl Schulz mit, daß die frühere Wanderunterstützung vom Kollegen Schulz an Unterstüchtungsfindende richtig verabsolgt worden ist. Die Regelung der Frage der weiteren Wanderunterstützung beantragt Kollege Weise dem Vorstand zur Verabreichung zu überlassen, welcher dann der Versammlung Bericht zu erstatten habe. Den Kollegen von Friedrichberg, Hummelburg u. f. w. wird hierdurch mitgeteilt, daß der Kollege Karge die Beitragsammlung, sowie die Aufnahme von Mitgliedern bis zur nächsten Vorstandswahl für die genannten Orte übernommen hat; derselbe tastet am

Sonnabend Abend und Sonntag Vormittag im Lokale von Schulz in Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee Nr. 1.

In einer öffentlichen Korbmacher-Versammlung sprach kürzlich Genosse Theodor Wegner über das Thema: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und wie verbessern wir dieselbe?“ Der Referent erörterte das Thema in eingehendster Weise und erblöckte das Mittel, der Arbeiterklasse wirtschaftlich auszubilden, in der Errichtung von Arbeiterorganisationen mit weitestem Umfange, welche in erster Linie die Verlängerung der Arbeitszeit und die Erzielung besserer Löhne zu erreichen suchen sollen. Das Hauptziel für die Arbeiter sei jedoch die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktionsweise. Der Referent erntete reichen Beifall. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, welche besonders über die Arbeitslosigkeit und den Lohn, der gegenwärtig gezahlt wird, sprachen. Es werden danach in der Korbmacherei tatsächlich Löhne von wöchentlich 6 und 8 M. hier in Berlin gezahlt. Alle Redner sprachen sich für die Organisation aus; nur ein einziger Kollege war der Meinung, daß er sich erst die Sache ansehen müsse, und wenn er gefunden, daß durch die Vereinigung etwas erreicht worden sei, würde er derselben auch beitreten. Kollege Karl und der Referent belehrten ihn eines Besseren. Die Versammlung nahm schließlich einstimmig eine Resolution an, welche den Ausführungen des Referenten zustimmte. Kollege Jungnickel berichtete dann über die Beschlüsse der Streit-Kontrollkommission und machte darauf aufmerksam, daß es Pflicht eines jeden angefertigten Arbeiters ist, bei Einkauf von Hüten, Schuhwerk und Textilwaaren in erster Linie diejenigen Geschäfte zu beachten, welche die Arbeiter-Kontrollmarke führten. Jeder Delegirte der Streit-Kontrollkommission sei angewiesen, dies seiner Gewerkschaft mitzutheilen. Es wurde hierauf eine dementsprechende Resolution angenommen. Die Versammlungen gingen mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung auseinander.

Eine öffentliche Versammlung der Frauen und Mädchen fand am Dienstag unter dem Vorsitz der Frauen v. Hostetten und Sebel statt. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag über die Nothwendigkeit der Gründung eines Bildungsvereins für Frauen und Mädchen. An Stelle des unzulässigen Reichstags-Abgeordneten H. Mollenhuth referirte Reichstags-Abgeordneter Ulrich. Derselbe wies in seinem Vortrage darauf hin, daß gerade heute, wo der Kampf um die Schule lohe, das angegebene Thema besonders wichtig sei. Was heute in der Volksschule gelehrt werde, reiche nicht im Entferntesten für den Kampf um das Dasein aus. Auch die Frauen, die man bei der Erziehung am meisten vernachlässige und welche deshalb der proletarischen Bewegung hemmend in den Weg träten, hätten allen Anlaß, endlich auch für ihre Aufklärung Sorge zu tragen. Die wirkliche Erkenntnis der sozialen Einrichtungen führe zur Beseitigung der politischen und wirtschaftlichen Mißstände. Der Redner drückte seine Freude über das Projekt der Errichtung einer Bildungsschule für das weibliche Geschlecht aus und forderte die Frauen und Mädchen auf, ihr Theil zur Verwirklichung des Projekts beizutragen. Die Diskussion gestaltete sich zu einer äußerst lebhaften. Frau Jhrer hat die Versammlung, heute den lang gehegten Wunsch: Gründung einer Bildungsschule für Frauen und Mädchen, endlich wahr zu machen. Den Erfolg habe die junge Bewegung bereits errungen, daß das Vourtheil gegen die Gleichstellung der Frau mit dem Manne mehr und mehr gewonnen sei. Die Frau habe heute nicht dasselbe Recht wie der Mann, dies und noch mehr zu erreichen, sei die unabwiesbare Pflicht aller Frauen. Frau Jhrerwald rief von der Gründung neuer Vereine ab, und empfahl dafür den Beitritt zum Allgemeinen Arbeiterinnenverein und der Arbeiter-Bildungsschule v. Fraulein S a a d e r sprach sich entschieden gegen die Gründung aus. Die Frauen sollten sich den Männern anschließen und keine eigene Bewegung schaffen; auf allen sozialistischen Kongressen sei dies ausgesprochen worden. Auch hätten die Arbeiter durch die Gründung der Arbeiter-Bildungsschule bereits dafür gesorgt, daß auch die Frauen sich unterrichten können. Falls etwa diese Bildungsschule den an sie gestellten Forderungen nicht genüge, müsse sie zweckmäßig ausgebaut werden. Frau Jhrer erwiderte, die Arbeiter-Bildungsschule setze Vorkenntnisse voraus, welche die Frauen noch nicht hätten. Es gelte überhaupt sich selbständig von den Männern zu machen, denn diese betrachteten die Frauen im Kampfe um die Emanzipation des arbeitenden Volkes nicht als Gleichberechtigte, sondern als Anhängel. Nachdem noch Herr Siegerich und die Frauen Reihner und Engels gegen, Herr Kurovsky, Herr Gerhardt und die Frauen Zug, Schumme, Hohriack, Kiesel-Potsdam und von Hostetten für die Gründung gesprochen hatten, wurde mit großer Mehrheit ein Antrag angenommen, wonach das Bureau beauftragt ist, einer demnächst stattfindenden Versammlung den Statutenentwurf der gewünschten Organisation vorzulegen.

In Rixdorf fand am 10. März eine imposante Volksversammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Fröckner einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Bedeutung des 1. Mai hielt. Derselbe führte kurz folgendes aus: Die Feier des 1. Mai stamme aus America und bedeute eine Demonstration für den Weltkulturbund, zugleich aber eine Herrschau über die klassenbewußten Arbeiter. Im 6. Berliner Wahlkreis habe seiner Zeit ein Genosse geäußert, diese Feier habe nur dann Bedeutung, wenn sie an einem Wochentag, bezw. am 1. Mai selbst begangen werde, und hielt solches als eine Kraftprobe von Muth hin, wenn dann der Arbeiter der Fabrik fern bliebe. Wie aber schon allgemein bekannt, habe der Pariser Kongress beschlossen, daß sich jedes Land nach seinen Verhältnissen zu richten habe, und wir Deutschen hätten dies dann auch von der erstmaligen Feier an so gehalten. Andersfalls würden gerade die auf-gelärten Arbeiter aus Pfaster geworfen, und deshalb sei es besser, wenn man die eigentliche Feier auf den Sonntag verlegt. Diesmal sagt es sich nun, daß der 1. Mai auch den Sonntag fällt. Man möge so viel als möglich die Indifferenten zur Feier heranziehen und sämtliche Arbeiter darauf aufmerksam machen, daß es ihre Pflicht ist, sich an der Feier zu beteiligen, um dem Unternehmertum zu zeigen, welche starke Macht wir sind. Der Redner ersuchte noch die Anwesenden, sich an diesem Tage jeder Provolation zu enthalten, ferner solche Elemente, welche, wie der letzte Kravall in Berlin gezeigt habe, dazu gebunden werden, die Noth und Arbeitslosigkeit zur Provolation anzujachen, sich vom Halbe zu halten und dem Unternehmertum nicht den Wunsch zu erfüllen, sich zu Ausschreitungen hinreißen zu lassen, sondern die Feier überroll mit Ruhe und Würde zu begehen. Nur Schritt für Schritt könnten wir unser Ziel erreichen und müßten stets eingebend sein, daß wir eine große Verantwortlichkeit haben und es gerade die Nothwendigkeit der Sozialdemokratie ist, welche unsere Gegner resp. die Unter-nnehmer zur Verzweiflung treibt. Jedemfalls wollen wir nicht Veranlassung geben, daß man an uns das Magazingewehr erprobt.

In der Diskussion traten die meisten Redner den Ausführungen des Referenten bei, außer einigen Unabhängigen, welche jedoch vom Referenten in schlagender Weise widerlegt wurden. In einer Resolution erklärte sich hierauf die von ca. 1000 Personen besucht gewesene Versammlung mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtete sich, mit aller Energie für die Feier des 1. Mai einzutreten und jegliche Waghaltungen von Seiten der Gegner fernzuhalten bzw. gehörend zurückzuweisen. Ferner sprach die Versammlung nach wie vor der sozialdemokratischen Fraktion ihr volles Vertrauen aus. Alsdann wurde ein Festkomitee von neun Mann gewählt. Der Vertrauensmann ersuchte noch sämtliche Anwesende, sich so zahlreich wie möglich an der Feier zu beteiligen. Die Versammlung verließ in einer angemessenen, ruhigen und ernstlichen Weise und bewies, daß die Rixdorfer Sozialdemokraten trotz aller Wachi-



nationen der Gegner nach wie vor auf dem Posten sind, wenn es gilt, wichtige Fragen zu erörtern. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie ging man auseinander.

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter** (S. 8. Nr. 29 und 30), Kitzler 2. Große Mitgliederversammlung Donnerstag, den 17. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in Kröpcke's Gesellschaftssaal, Friedrichstraße 22. Wahl eines Vertrauensorgans.

**Frei- u. Pöbeltheater.** Donnerstag, Diebgen, Abends 8 1/2 Uhr, bei Schöber, Hefenstr. 29. — Neue Zeit, Abends 8 1/2 Uhr, Wegstr. 49, bei Witzel. — S. d. O. H., bei Tollwitz, Sorauer- und Grollitzertr. 46. — S. d. O. H., Abends 8 1/2 Uhr, bei Hoffmann, Wangelftr. 22. — Deine, Hefenstr. 29, Abends 8 1/2 Uhr, bei Heller, Knecht- und Herrnhutertr. 46. — D. M. 29, Abends 8 1/2 Uhr, Reichensbergerstr. 24, Ecke Dönhofsplatz, bei Schaper.

Alle Abänderungen, welche den Arbeiter-Sängerbund oder den Bund der geselligen Arbeitervereine betreffen, sind nur an die Vorstände derselben zu richten.

**Arbeiter-Sängerbund** Berlin und Umgebung, Donnerstag, Übungsstunde Abends 8 1/2 Uhr, Aufnahme neuer Mitglieder. — St. Urban, Knechtstr. 9, bei Proh. — Unverzagt, Köpenickerstr. 127a, bei Müller. — Kornblume, Blumenstr. 54, bei Witzel. — Frühling, Hefenstr. 29, bei Witzel. — Trebellstr. 10, bei Kerner. — Weiße Rose, Weidenhof, Weidenhofstr. 101, bei Garus. — Morgenrot, 1. Rummelsburg, Berlinstr. 9, bei Preisfeld. — Dorf- u. Ländchen, Wilmersdorf, Berlinstr. u. Kugelftr. Ecke bei Schulz. — Choe, Alte Schönhauserstr. 22, bei Reimann. — Einigkeit, (Putzmaier), Wappellstr. 2-4, bei Krause. — Zukunft, Steglitz, Kurpark Friedenau. — Harmonie, Tempelhofer Parkstr. 10, bei Gerb. — Weidenblau, Kottbuser Damm 39, bei Jakob. — Zukunft, Nieder-Schönhausen, Lindenstr. 20. — Opreußischer Männer-Sängerverein, Jägerstr. 55, bei Preisfeld. — Edelweiß, Reichardtstr. 16, bei Siekmann. — Vora, Admitstr. 23, bei Eiden. — Seeger'scher Sängerverein, Blumenstr. 46, bei Eiden. — Raigoldchen, S. O. Wappelftr. 27, bei Springhube. — Eintracht, Glendie bei Wobersdorff, bei Keller. — Einigkeit 2, Groß-Lichterfelde, Amalienstr. 2, bei Hann. — Hoffnung, Brandenburg, Neuh. Markt, bei Wobersdorff. — Preis-Sänger, Jägerstr. 105, bei Reimann. — Zukunft, Witten, bei W. Grünow. — Kreuzberger Harmonie, Lindenstr. 104, bei Wapp. — Nordstern, Wappelftr. 7, bei Reimann. — Morgenrot, (Gader), S. d. O. 3 bis 5 Uhr Nachmittags, Sandbergstr. 21, bei Wapp. — Liebes- u. Choe, Reichensberger- und Hocherstr. 24, bei Spinbler.

**Bund der geselligen Arbeitervereine** Berlin und Umgebung, Donnerstag, Samstags, Verein Dankschönwald, bei Sommer, Dankschönwaldstr. 6a. — Antikören, Kilmro, bei Schmidt, Wangelftr. 141. — Geselliger Verein Grün's Witzel, (vor dem Halle'schen Thor), bei Schöber, Hefenstr. 1. — Vereinigungsbereit Dittmar, bei Tempel, Dankschönwaldstr. 27. — Wandklub Graue Wolke, bei Joste, Kraustr. 6. — Theaterverein Hübeler Geist, bei Schneider, Adalberstr. 6.

**Sesang-Turn- und gesellige Vereine.** Donnerstag, Männer-Sängerverein Alt-Deffau, Abends 8 1/2 Uhr, bei H. Reimann, Görtzstr. 42. — Gesangsverein des sozialdemokratischen Arbeitervereins für Weidenhof und Umgebung, Donnerstag und Sonnabends Abends bei Müller (Weidenhof), Königs-Chaussee. — Musikverein Dittmar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Roll, Adalberstr. 21. — Musikverein Hübeler Geist, bei Schneider, Adalberstr. 6. — Wandklub Kollegia, Abends 8 1/2 Uhr, in Bernhardt's Restauration, Hefenstr. 41. — Wandklub Waldesgrün, Abends 8 1/2 Uhr, Restaurant N. Robler, Reichensbergerstr. 121a. — Wandklub Obnsefoge, Abends 8 1/2 Uhr, in Rogge's Bierhaus, Roblenstr. 2. — Wandklub Kerpenspie, Abends 8 1/2 Uhr, bei H. Witzel, Hübelerstr. 2. — Wandklub Tournee, Abends 8 1/2 Uhr, bei Witzel, Wangelftr. 22. — Wandklub Kerpenspie, Abends 8 1/2 Uhr, bei Witzel, Wangelftr. 22.

## Vermischtes.

**Spandaun, 16. März.** Auf der Havel sank heute ein mit 6000 Ztr. Kohlen besetztes Fahrzeug; die Mannschaft wurde gerettet.

**Ein Brand** äscherte in Ludwigshafen die große Tischlerei und Glaserei der Firma Fasig u. Sohn ein. Der Schaden wird auf 300 000 M. geschätzt.

**Zusammengestoßen** ist auf der Schelde bei Antwerpen der deutsche Dampfer „Aktiva“ mit dem großen englischen überseeischen Dampfer „Abington“. Das letztere Schiff sank, man hofft die Ladung zu retten. Der deutsche Dampfer ist wenig beschädigt.

**Im fürstlich-bischöflichen Kurhause** in Wien ist der 67 Jahre alte Diener Leopold Buchinger, der die in den oberen Stockwerken wohnenden Kurgäste und Klammern zu bedienen hatte, von unbekannter Hand ermordet worden.

**Waldbrand.** In den Wäldern und Sumpfmoores der früheren Landschaft Périgord (Departement Dordogne, Frankreich) brach Feuer aus, das sich bis gestern über 500 ha. erstreckte.

**Auf dem Totenbette** gestand eine Frau in Liverpool, daß sie vor 21 Jahren ihren Mann vergiftet habe. Sie habe die That begangen, um einen andern, mit dem sie ein Verhältnis gehabt, heirathen zu können. Dieser wanderte jedoch nach Amerika aus. Die Frau war 20 Jahre älter als ihr ermordeter Mann.

**Mugeheuer Schaaren von Feldmäusen** verwohsten in der Ebene von Thessalien (Griechenland) die Felder. Die gesammte Ernte ist bedroht.

## Hygiene.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abgesehen ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie vermahnt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiziert zu werden.

Nach dem Versammlungsbericht über die Arbeitslosen-Versammlung der Bauhandwerker vom Sonnabend soll ich nach der „Berliner Zeitung“ zum Schlusse der Versammlung meine Erlebnisse mit der Polizei am Tage der Straßentransporte zum Besten gegeben haben. Wie der Berichterstatter der „Berliner Zeitung“ zu dieser Behauptung kommt, kann ich nicht verstehen. Ich habe einmal am Tage der Straßentransporte mit der Polizei nichts vorgehabt, und konnte nichts vorhaben, weil ich von den Kranawellen nichts gesehen habe, somit also auch nicht in der Nähe derselben sein konnte. Ich bin in der Wahl meiner Gesellschaft etwas vorsichtiger als unsere „gutgesinnte“ Presse. In der Livoli-Versammlung der Arbeitslosen konnte ich dies aber auch nicht zum Besten gegeben haben, weil ich in der betreffenden Versammlung gar nicht anwesend war.

Ich darf wohl erwarten, daß die Redaktion der „Berliner Zeitung“ von dieser Erklärung Notiz nehmen wird.  
J. Silberberg, Buchdrucker, Blücherstr. 54.

Die Versorgung Berlins mit guter Milch, Brot, Fleisch und Milch sind in unserem Klima des Menschen Hauptnahrungsmittel, ich möchte der Milch sogar den Vorzug vor den beiden Erzeugnissen geben, sie ist in jedem Haushalte, im ärmsten und im reichsten unentbehrlich, das Kind wie der Erwachsene bedürfen ihrer, sie hat den Vorzug, ohne weitere Zubereitung genossen werden zu können. Uebrigens ist sie das einzige mir bekannte Nahrungsmittel, das unsere Westeuropäer nicht noch steuerfrei gelassen haben.

Also Milch, und zwar sehr gute billig kaufen zu können, ist ein Verlangen, in dem Alle, aber ganz besonders die Hausfrauen, einig sein werden. Daß die Milch in Berlin weder gut noch billig sei, bestreitet Keiner. Können wir uns wohl Milch beschaffen, die beide Eigenschaften hat? Ist eine Frage, der wir doch unsere ernste Aufmerksamkeit zuwenden sollten. Einen Vorschlag, wie die Frage in bejahendem Sinne zu lösen ist, unterbreite ich hiermit der Öffentlichkeit. Berlin ist mit einem Gürtel von Rieselfeldern umgeben. Der Graswuchs auf denselben ist so üppig, daß 5-6mal im Sommer gemäht wird, die Berliner Molkereibesitzer kaufen

das Gras gerne für ihre Kühe als Futter, ein sicherer Beweis für den Nährstoff des Grases. Hieraus gestützt mache ich den Vorschlag, den Magistrat aufzufordern, die Versorgung Berlins mit Milch selbst in die Hand zu nehmen.

Als ersten Versuch und um die nötige Erfahrung zu sammeln, schlage ich vor, im Norden Berlins (im Norden deshalb, weil dort die ärmste Theil der Bevölkerung wohnt und weil ich wünsche, daß Wohlthätigkeitsanstalten den wohlhabenderen Stadttheilen nicht immer zuerst zu Gute kommen sollen) eine Weidewirtschaft für etwa 200 Kühe einzurichten, deren Milch spätestens Morgens wie Abends um 6 1/2 Uhr auf zweckmäßig gelegenen Plätzen zu literweiser Abgabe an Jedermann zum Verkaufe gestellt wird. Der Transport der frischen Milch ist in Kastenwagen auf Pferde- oder Eisenbahn zu bewerkstelligen.

Gesunde und wohlschmeckende Milch zu erzeugen, ist, gänzlich abgesehen von der oft sehr mangelhaften Güte des Futtermaterials, bei der jetzt vorherrschenden Stallfütterung unmöglich, die Kuh kann im Sommer bei vollkommener Gesundheit nur dann sein, wenn sie gutes Futter und vollkommene Bewegungsfreiheit hat, im Stalle ist diese Bewegungsfreiheit auf die Länge ihrer Kette beschränkt. Und wie sieht es denn mit Gesundheitskontrolle der Kühe? Wenn nicht gerade Seuchen, wie etwa die Klauenseuche, herrschen, kümmert sich kaum Jemand um den täglichen Gesundheitszustand der Kühe. Milch ist gleich Geld und viele Milch ist gleich viel Geld; also immer hinein in den Milchhandel mit der Milch einer kranken Kuh, so werden wohl die meisten Milchproduzenten denken. Weidewirtschaft bietet aber Gewähr gegen solches Verfahren; die beinahe Jedermann zugängliche Kontrolle und ein tüchtiger erfahrener Hirt, der den Gesundheitszustand jeder Kuh kennen und ihn täglich beobachten muß, das Melken zu beaufsichtigen und darauf zu achten hat, daß Milch einer, wenn auch nur leicht erkrankten Kuh in ein besonderes Gefäß gegossen wird, da diese Milch zur Schweinefütterung sich immerhin noch eignen mag, bieten eine sichere Garantie.

Nach einer freilich nur oberflächlichen Berechnung wird das Eiter solcher Weidemilch nach Verbreitung aller Kosten einschließlich der Vergütung des Anlagekapitals auf den hiesigen Verkaufsplätzen für 15 Pf., wahrscheinlich aber für 10 Pf. zum Verkauf gestellt werden können.

In die Einzelheiten über die Einrichtung der in Vorschlag gebrachten Weidewirtschaft hier einzugehen, gestattet der Raum unseres „Vorwärts“ nicht, darüber Aufklärung zu geben und das Nichtigste herauszufinden, muß der öffentlichen Diskussion vorbehalten bleiben; wünschenswert wird es sein, wenn Sachverständige zu öffentlichen Vorträgen über diese Angelegenheit sich bereit finden würden. Mein nächster Zweck wäre damit erreicht, und, wie ich wohl annehmen darf, dürfte dieser Gegenstand vor seiner bestimmten Erledigung von der Tagesordnung nicht mehr verschwinden.

Gustav Baader, Holzmarktstr. 8.

## Literarisches.

„Freie Volksbühne“ betitelt sich ein Schriftchen, welches von nun ab monatlich erscheinen soll und den Zweck hat, den Mitgliedern des Vereins Freie Volksbühne einen Ersatz zu bieten für die Vorträge, die bis jetzt zur Erläuterung der aufzuführenden Stücke allmonatlich in den öffentlichen Vereinsversammlungen gehalten wurden. Diese Vortragsversammlungen müssen bekanntermaßen aus Rücksicht auf die Existenz des Vereins jezt fortfallen. Den Hauptinhalt jedes einzelnen Festes der „Freien Volksbühne“ wird eine Besprechung desjenigen Stückes bilden, welches der Verein Freie Volksbühne in dem betreffenden Monate zur Aufführung bringt. Die kürzlich erschienene Nummer 1 der Schrift enthält eine ausgezeichnet geschriebene Abhandlung von Julius Hart über Ludwig Angenruder, dessen „Paxer von Kirchfeld“ am letzten Sonntage für die I. Abtheilung der Volksbühne zur Aufführung gelangte und der auch für die II. und III. Abtheilung aufgeführt werden wird. Herausgeber der „Freien Volksbühne“ ist Dr. Wille und wird dieselbe von der Freien Verlagsanstalt verlegt. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg. Ein durch ihren Vertrieb event. erzielter Ueberschuß kommt dem Verein Freie Volksbühne zu Gute. Jedenfalls wird mit diesem Unternehmen, mit welchem der Verein als solcher nichts zu thun hat, der selbe Zweck wie vordem durch die Vorträge erreicht werden, ohne daß die mit diesen und den darauf folgenden Diskussionen verknüpften Gefahren vorhanden sind.

Schwarze Banden unter Ärzten und Juristen im neugegründeten Deutschen Reiche. Eine öffentliche Denunziation an alle gekrönten Häupter und Staatsbürger. Zur Warnung des Publikums veröffentlicht von F. Draal. Verlag von C. Draal, Friedenau bei Berlin.

In einem umfangreichen Bande giebt der Verfasser eine Schilderung der abgefeimtesten Schurkereien, die gegen ihn begangen wurden, um ihn in einem Irrenhause unschädlich zu machen. Jahre lang hatte er zu kämpfen, um das gegen ihn geschmiedete Komplott zu beseitigen. Am 29. Juni 1883 wurde er auf Grund der Gutachten des Dr. Wallach, des Dr. Heidemann, des Provinzial-Medizinal-Kollegiums in Kiel und des Geheimen Medizinalraths Dr. Wolff entmündigt. Nach 3 1/2-jährigem Kampfe gelang es Draal, vom Gerichte zu Stargard auf Grund des Gutachtens des Geheimen Medizinalraths und Kreisphysikus Dr. Göden, Vorsitzenden des Medizinalkollegiums der Provinz Pommern, die Wiederaufhebung des Entmündigungsverfahrens zu wirken. In dem Richterspruch heißt es: „wie man bei Draal eine Untersuchung auf seinen Geisteszustand vornehmen, ja sogar eine Entmündigung über ihn aussprechen konnte, sei gradezu unerfindlich.“ Draal veröffentlichte seine Erlebnisse unter dem Titel „Moderne Peinigung auf Menschen.“ Durch diese Schrift, welche die schmerzlichen Anklagen gegen sie erhob, fühlten sich der Kreisphysikus Dr. Wallach in Altona, Dr. Everis und Antirichter Bart aus Hamburg beleidigt, und stellten gegen ihn Strafantrag. Am 3. März 1888 wurde die Anklage gegen Draal, der seinen Wohnsitz nach Berlin verlegt hatte, vor der Berliner Strafkammer verhandelt. Das Gericht stellte auf Grund der Zeugenaussagen fest, daß die Personen, die den Antrag gegen Draal auf Entmündigung gestellt, übereinstimmend zugestanden hatten, sie wußten wohl, daß Draal nicht verrückt wäre, daß sie jedoch als Beweggrund zu dem Entmündigungsantrage angegeben, sie wollten Draal unschädlich machen, da er ihnen zu schlaue wäre und sie Geld von ihm haben wollten.“ Die Strafkammer gewann auch die Ueberzeugung, daß das Resultat zu welchem die Ärzte in ihren Gutachten, welches den Angeklagten für geisteskrank erklärte, gekommen seien, auf Beeinflussung beruhe, so wie auch, daß der Antirichter Bart mehrere richterliche Verhältnisse in der Sache Draal's begangen habe. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten nur wegen der beleidigenden Form seiner Angriffe zu 30 M. Geldstrafe.

Ohne dieses richterliche Erkenntnis und die veröffentlichten amtlichen Schriftstücke würden wir glauben, es mit der Phantase eines Menschen zu thun zu haben, der, wenn auch insoweit ihm widerfahrenen Unrechts, vom Verfolgungswahn befallen ist; nach dem ihm widerfahrenen weitverzweigten Verfolgungen scheint der Verfasser im Recht zu sein, wenn er von „schwarzen Banden“ spricht. Der Verfasser suchte vergeblich um eine Entschädigung für die ihm zugefügten schmerzlichen pekuniären Verluste nach, die doch zum großen Theil der Staatskasse zu Gute kamen. Es wurde ihm weder eine solche zu Theil, noch gelang es ihm, seine Verfolger zur kriminellen Verantwortlichkeit zu ziehen. Der Verfasser schildert das Schicksal

mehrerer ähnlicher Leidensgenossen und beleuchtet, wie jeder Mensch in die Lage kommen kann, ohne sich verteidigen zu können, ins Irrenhaus geschleppt und für irrsinnig erklärt zu werden. Die Psychiatrie hat allerdings bedeutende Fortschritte gemacht, aber sie hat damit auch die Scheidengrenze zwischen Wahnsinn und voller Geistesgesundheit verwischt. Jede Nervenstörung, jede Geistesalteration bringt einen Mangel an Geistesgesundheit mit sich, und wollte man diesen Mangel als Geisteskrankheit betrachten, die zur Entmündigung führt, so könnte man leicht in die Lage kommen, den größten Theil der studierten Berufskreise ins Irrenhaus zu stecken. Jedenfalls ist eine vollständige Reform des Entmündigungsverfahrens und der Wahnsinnsklärung dringend geboten.

## Eingefandte Schriften.

Adamski, S. Offene Antwort an Herrn W. Schimmel-pfeng, Berlin. Im Selbstverlage des Verfassers.

Grandke, Hans. Die Nieselfelder von Berlin und die Spüljauche unter besonderer Berücksichtigung ihrer chemischen Beschaffenheit. Mit zwei Plänen. Berlin 1892. Verlag von Bodo Grundmann.

Grotte, Curt. Modernisirung der zehn Gebote. Eine Scheidung der Geister. Berlin W., 1892, J. Coniger's Verlag.

Keymond, M. Weltgeschichte. In zwei Bänden mit etwa 1000 Abbildungen im Text und 10 Karten in Farbendruck. Berlin. W. Paul's Nachfolger (J. Zerofsch). Heft 1-3.

## Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herald.)

**Amberg, 16. März.** Wie die „Volkzeitung“ aus authentischer Quelle erfährt, ist der Bismarckattentäter Kullmann heute Mittag gestorben.

**Brüssel, 16. März.** Der Verwaltungsrath der Feste Anden-lues bewilligt eine Million Franken für die Hinterbliebenen der Bergleute. Die Privatansammlungen dauern fort.

**Brüssel, 16. März.** Von den Lütticher Dynamitdieben ist Hanssen zu 15 Jahren, die beiden anderen zu je 12 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden.

**Rom, 16. März.** Kammer. Der Ministerpräsident Rudini legt den Gesetzentwurf zur Anwendung der im österreichisch-italienischen Handelsvertrage vereinbarten Weinkaufverträge vor. Der Abg. Barzilai fragt, warum die Blätter, welche den Sitzungsbericht des republikanischen Kongresses veröffentlichten, beschlagnahmt wurden. Er lobt den Minister des Innern, weil er den Kongress gestattete, er begreife aber die Beschlagnahme nicht. Der Kongress verdiene übrigens keine Beachtung. Der Justizminister erklärt, daß der Staatsanwalt in seinen Entschlüssen frei sei und er denselben nur dann an seine Pflicht erinnert haben würde, wenn er die beschlagnahmten Blätter nicht dem Strafgerichte überwiesen hätte. Der Minister Nicotera sagt, der Kongress sei gestattet worden, weil er einen privaten Charakter hatte. Die Veröffentlichung seiner Entschlüsse sei jedoch ins gemeine Recht. Er bedaure, daß zwei Abgeordnete ihres Eides vergessend, an dem Kongresse theilnahmen. Abgeordneter Fratti auspringend: „Auch Sie waren Republikaner!“ Nicotera: Vor 30 Jahren, und wäre ich noch, so würde ich nicht hier stehen, und nähme ich an einem republikanischen Kongresse theil, so würde ich Anstand nehmen, den Eid auf die Verfassung zu leisten, wie Sie es thaten, Herr Fratti!“ (Beifall auf der Rechten und auf der Linken.) Fratti erwidert sich das Wort, der Vorsitzende verweigert es ihm. Fratti schreit: „Das ist keine Kammer, sondern ein Lager von Pre-torianern!“ Juchzender Tumult. Hundert Hände strecken sich nach Fratti aus, der unter Hohngelächter und Drohungen den Saal verläßt.

**London, 16. März.** Die heutige Berathung der vereinigten Kohlenarbeiter, welche von kurzer Dauer sein dürfte, wird nur einleitender Natur sein. Der Beschluß über die Zeitdauer des Ausstandes wird erst morgen gefaßt werden. Während des morgigen Tages wird eine Abordnung der Londoner Kohlen-träger-Vereinigung der Arbeiterkonferenz einen Besuch abstatten.

**London, 16. März.** Die Juchendbesten von Lancashire und Cheshire halten gleichzeitig Versammlungen ab, um sich über eine den Arbeitern vorzuschlagende Lohnreduktion von 10 pSt. zu einigen.

**London, 16. März.** Die Wahrscheinlichkeit liegt vor, daß die Union der Kohlenträger sich dem Ausstand der Kohlenarbeiter anschließt. Es werden große Anstrengungen gemacht, um Durham zur gleichen Aktion mit den anderen Kohlenbezirken zu veranlassen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

**Brüssel, 16. März.** Nach hier eingegangenen Meldungen hat heute in dem Kohlenbergwerk „Levant du Hônu“ in Quewies (Hennegau) ein Einsturz stattgefunden. Drei Arbeiter wurden getödtet und zwei schwer verletzt.

## Briefkasten der Redaktion.

**N. 18.** Wie würden Ihnen rathen, vorher einzulommen. **N. 47.** Bis zum Mittag des ersten Tages. Derartige Institute kennen wir nicht.

**N. 5.** Gutmeynt, aber nicht druckfähig. **N. 6.** Oberl. Physiologie ist die Wissenschaft von den regel-mäßigen Funktionen in den sog. belebten Körpern oder Organismen, den Thieren und Pflanzen. 2. Mathematik ist die Wissenschaft der Größen, weshalb sie Größenlehre genannt werden kann. Man unterscheidet die reine und die angewandte Mathematik. 3. Das kostet einige Groschen, genau können wir Ihnen die Summe nicht angeben.

**N. 7.** Es ist mir für die nächste Zeit unmöglich, Ihnen eine längere Unterhaltung zu gewähren. Können Sie die Angelegenheit nicht brieflich abmachen? **N. 8.** **Dissoverien akademisch gebildeter Herren.** Nicht auf-nahmefähig, weil das Lokal gebokkottet ist.

**N. 9.** Stralau. Der Königstein ist eine Festung, die den heutigen strategischen Anforderungen nicht mehr entspricht. **Rothel Blume.** Sie müssen nunmehr den Weg der Privat-klage beschreiten. Ob dieselbe Erfolg hat, ist unserer Ansicht nach nicht ganz sicher.

**N. 122.** 1. Blohhunde sind steuerfrei. 2. Rüden wiec als strafbarer Eigennutz bestraft. **N. 3.** **Nixdorf.** Wenden Sie sich unter Darlegung Ihrer Verhältnisse an die Behörde, bei welcher Sie angestellt zu werden wünschen.

**N. 21.** 250. Wir bedauern aufrichtig, Ihnen keine Aus-kunft ertheilen zu können. Wenden Sie sich doch einmal an die Wegebau-Kommission des Magistrats.

## Briefkasten der Expedition.

**N. 2.** Waldemarstraße. Das gewünschte Buch von H. Kneper, der Emanzipationskampf des vierten Standes, besorgt Ihnen unsere Verlagsbuchhandlung zum Preise von 14 M. Broschirt, für den 1. Band. —

**Otto St., Sandstr. 8.** Wollen Sie künftig Ihre Briefe mit einer 10 Pf.-Marke frankiren, wir haben 17 Pf. Strafpunkte zahlen müssen. Das Mailpostblatt ist nach Erscheinen in unsere Expedition zu haben, einzelne Nummern brauchen nicht vorher bestellt zu werden.



## Allgemeiner deutscher Gewerkschaftskongress.

8. Sitzung, Dienstag, den 15. März, Vormittags 8 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion über den Verwaltungsbericht der Generalkommission.

**von der Elm-Hamburg:** Die Kritik, welche an der Generalkommission geübt wird, verwechselt die Wirkungen mit den Ursachen. Wäre der Tabakarbeiter-Streik gewonnen worden, so wäre dieses ein großer Erfolg der Generalkommission, man würde sie loben, da ein Sieg nicht errungen wurde, macht man die Generalkommission für die vorausgehenden Fehler verantwortlich. Berlin hat für den Kampf um das Koalitionsrecht nicht gekämpft; die Marken, welche die Generalkommission ausgab, beschloss die Berliner zu verbrennen. Die Berliner verstanden nicht, diesen Kampf zu würdigen. Ueber die Fähigkeiten der Generalkommission zu reden, habe er keine Veranlassung; unter gleichen Verhältnissen hätten die fähigsten Köpfe nichts Besseres leisten können. Die Generalkommission müsse ein eigenes Organ haben, die Parteipresse sei nicht immer gut informiert, der „Vorwärts“ brachte mitten im Tabakarbeiter-Streik die Nachricht, daß der Streik beendet sei; der „Gewerkschafter“, Organ der Tabakarbeiter, druckte nicht einmal die Abrechnung über den Tabakarbeiter-Streik ab. Mehger ist gegen die internationale Verbindung der Gewerkschaften, ein merkwürdiger Standpunkt, da man doch auf politischem Gebiet diese Annäherung für notwendig hält.

**Timm-Berlin:** Die Generalkommission hat unsvreitig ihre Befugnisse überschritten. Sie mußte beachten, daß die Konferenz in Berlin nur von Vorständen besucht war, daß die Mitglieder der Organisationen von den Beschlüssen nicht informiert waren. Es ist nicht angebracht, den Arbeitern Vorwürfe über die geringen Leistungen zu machen, die wirtschaftlichen Verhältnisse sind es, welche den Arbeitern es unmöglich machen, höhere Opfer zu bringen. Die Niederlage nach den Mai-Ausständen hat viele Organisationen kampfunfähig gemacht, daher die geringere finanzielle Leistungsfähigkeit. In Bezug auf wirtschaftliche Kämpfe ist die Kommission zu optimistisch; sie sollte sich mehr mit wirtschaftlichen Fragen befassen. Ausstände, welche länger als 8 Tage dauern, sind in der Regel verloren.

**Kriegel-Dresden:** nimmt die Generalkommission in Schutz. Zu Unrecht wird der Kommission der Vorwurf gemacht, daß sie Ausstände hervorgerufen hätte, sie mußte die Abwehrkräfte unterstützen. Als geeignetste Behörde für die statistischen Erhebungen wurde die Generalkommission auch vom „Vorwärts“ bezeichnet. Die Kommission ist als Mittelpunkt der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu betrachten.

**Bayer-Leipzig:** Es wird Alles hervorgerufen, um die Generalkommission anzuschuldigen, besonders diejenigen, die nicht geleistet haben, über Kritik. Man findet es nicht in der Ordnung, daß Darlehen aufgenommen wurden, aber Unterstützung hat man von allen Seiten beansprucht. Eine Körperschaft wie die Generalkommission muß ihr eigenes Organ haben. Die Kampfmethode, wie sie von verschiedenen Delegierten beliebt wird, ist nicht die richtige. Hätte man die Kommission genügend unterstützt, konnte sie mehr leisten.

**Sade-Hamburg:** Der Tabakarbeiter-Streik war Sache der Allgemeinheit; wäre die Opferwilligkeit der Arbeiter überall so gewesen, wie in Hamburg, so hätten wir keine Niederlage zu verzeichnen und der Buchdruckerstreik wäre vielleicht auch gewonnen worden.

**Fehmerling-Hamburg:** Die Generalkommission ist eine sehr nützliche Institution. Man erhebt jetzt gegen die Kommission Vorwürfe, weil sie den Auftrag erfüllt hat, welchen ihr die Berliner Konferenz erteilte. Wären die beteiligten Gewerkschaften ihrer Pflicht nachgekommen, dann brauchte die Kommission den Maisfonds nicht anzugreifen. Für den Tabakarbeiter-Streik hat die Kommission allerdings zu viel Geld verwendet. Wenn hier Vorwürfe am Plage sind, so kann sie die Generalkommission gegen die Gewerkschaften erheben.

**Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.**  
**Dahler-Hamburg:** Der Generalkommission wird das zum Vorwurf gemacht, was jede Gewerkschaft gethan hat. Gerücht-Verbreitung in einem in Berlin gehaltenen Vortrage, daß Schwergewicht der Arbeiterbewegung auf das politische Gebiet zu verlegen. Es ist der alte Kampf zwischen Berlin und Hamburg, der sich hier wieder spiegelt. Der Artikel im Vereinsorgan der Arbeiter, der sich so gefällig über den Gewerkschaftskongress äußert, ist von Nehler geschrieben. Die Maurer mußten, was sie auf der Berliner Konferenz thaten, sie kannten ihre organisierten Genossen bis auf den letzten Mann. Man thue allseitig seine Pflicht, daß ist besser, als diese fruchtlosen Debatten.

**Kieß-Magdeburg:** schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Es giebt in Berlin und Magdeburg Leute, welche in der politischen Bewegung abgewirtschaftet haben, und nun versuchen, in der Gewerkschaftsbewegung Einfluß zu gewinnen. Es sind dieses Leute, die lediglich eine Rolle spielen wollen. Die Lokalorganisationen halten die Generalkommission für überflüssig, die Lokalorganisationen haben die Generalkommission erst notwendig gemacht. Von 20 000 Metallarbeitern in Magdeburg sind nach keine 1500 organisiert. Diese Leute sollen sich die Tabakarbeiter-Organisation zum Muster nehmen.

**Däne-Berlin:** Die Hauptursache an dem unerquicklichen Zustand der Gewerkschaftsbewegung sind die wirtschaftlichen Verhältnisse; man sollte anstatt der kritischen bessere Vorschläge machen. Wir müssen uns damit befassen, was die Generalkommission in Zukunft zu thun hat; von einer Auflösung der Kommission kann ja wohl keine Rede sein. Die Kommission muß ihr eigenes Organ haben; der frühere „Bauhändler“ hat keine Bekanntschaften der Generalkommission aufgenommen. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat keine Marken verbrannt, sondern nur deshalb nicht ausgegeben, um keinen Wirtswort in den Sammlungen zu bringen. Allen Gewerkschaften wurde die Unterstützung der Tabakarbeiter empfohlen.

**Frau Steinbach-Hamburg:** Das „Korrespondenzblatt“ ist schon notwendig im Interesse des Lichtstrahlentages. Der „Bauhändler“, ein Gewerkschaftsblatt, wäre mit der „Maitresse“ einverstanden gewesen, wenn dieselbe in die Parteikasse geflossen wäre. Wenn Mehger meint, man braucht kein „Korrespondenzblatt“, so verweise sie darauf, daß durch dieses Blatt schon viel geleistet worden; die Gewalt der Presse dürfe man nicht verachten. Wenn der Generalkommission der Vorwurf gemacht wird, daß der Maisfonds zur Zurückzahlung der Darlehen verwendet wurde, so ist das unbillig. Hätte man die Darlehen nicht soweit als möglich zurück erstattet, so wäre die Zinsenlast eine zu große geworden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abermals abgelehnt.

**Mehger-Hamburg:** Ich habe drei Punkte in meinen Ausführungen hervorgehoben und dabei ausdrücklich erklärt, daß ich keine persönlichen Gegensätze zur Kommission habe, ich kenne die Verantwortlichkeit und Schwierigkeit dieser Behörde und weiß mich wohl in deren Lage zu denken. Der Generalkommission habe ich nicht das Recht bestritten, Darlehen aufzunehmen, die Kommission ist nur zu hohe Verpflichtungen eingegangen, sie

mußte wissen, daß die Berliner Konferenz gewissermaßen nur ein Augenblickswerk war. Es ist von den Vertretern der Generalkommission gesagt worden, daß wird in Zukunft nicht mehr erfolgen; dafür muß aber Garantie geschaffen werden. Bezüglich des „Korrespondenzblattes“ bin ich mißverstanden worden. Sämtliche Partei- und Gewerkschaftsblätter haben die notwendigen Bekanntschaften der Generalkommission aufgenommen. Legien hat uns zwar mitgeteilt, daß die Nummer des „Korrespondenzblattes“ nur 26 M. kostet. Es ließen sich trotzdem noch ca. 1000 M. pro Jahr ersparen. Man hat mir untergeschoben, ich hätte auf dem beschränkten nationalen Standpunkt, es genügt, darauf hinzuweisen, daß ich in Brüssel die heute möglichen internationalen Beziehungen mitgeschaffen habe. Ich war Mitglied der Internationale von ihrer Begründung bis zum Schluß.

Ein Antrag, die Redezeit in dieser Angelegenheit auf 5 Minuten zu beschränken, wird abgelehnt.

**Kloß-Stuttgart:** Mehger sagte, er wolle keine Vorwürfe gegen die Generalkommission erheben, was er zu dem Bericht der Generalkommission gesagt hat, hätte er dann bei der Organisationsfrage sagen sollen. Mehger meinte, die Kommission hat des Guten zu viel gethan, sie mußte beachten, daß die Kommission ein Werk des Augenblicks war, die Vertrauensleute der Metallarbeiter waren es gerade, welche zu dieser Organisation drängten. Schon bei der Wahl der Kommission waren 3-4 Streiks da, die unterstützt werden mußten. Unter solchen Verhältnissen mußten Darlehen aufgenommen werden, die Generalkommission konnte dieses um so mehr thun, als sie annehmen durfte, daß die in Berlin anwesenden Gewerkschaftsvertreter über ihre eigenen Verhältnisse informiert waren, daß sie ihr gegebenes Wort einlösen würden. Nicht einen Vorwurf darf man der Kommission machen, weil sie internationale Beziehungen angeknüpft hat, man muß ihr dafür Dank wissen. Die Generalkommission konnte als Vertreter der gesamten Gewerkschaften nicht Vorstände abzufragen bei ihren Bekanntschaften verlangen. Das „Korrespondenzblatt“ hat sich als notwendig erwiesen. Man hat der Generalkommission einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie für Streiks zu viel Geld ausgegeben hat. Der Metallarbeiter-Kongress und der Verband der Metallarbeiter haben sich der Verpflichtung entzogen, ihre streikenden Genossen in Göttingen zu unterstützen. Tabakarbeiter, bessere Vorschläge zu machen, sollte sich jeder Delegierte zur Richtschnur nehmen.

**Körner-Berlin:** Man hat absichtlich die Diskussion auf diesen Weg geleitet, um die Berliner zu kompromittieren. Hat man wohl überlegt, was es heißt, zu sagen, die Berliner Gewerkschaften sind verfault? v. d. Elm hat tendenziös die Thatsachen entstellt, er hat der Sitzung der Berliner Streik-Kontrollkommission beigegeben, er weiß, weshalb man die Marken nicht ausgegeben hat. Die Weisgerber wurden von der Generalkommission nicht unterstützt, wir mußten eintreten. Die Generalkommission befragt sich über Allegorien; ist es denn eine Kleinigkeit, 242 000 M. für Streiks in Hamburg auszugeben? Trifft hier nicht zu: „An der Quelle sitzt der Knabe“? Glauben Sie, wir in Berlin können nicht auch streiken? Man macht uns einen Vorwurf daraus, daß in Berlin nichts geleistet wurde, daß Streikbrecher nach Hamburg kommen. Man beachte doch die Verhältnisse, unser Wollen steht vielfach im umgekehrten Verhältnis zu unserem Können. Wir wollen nicht nörgeln, sondern eine Besserung der Verhältnisse herbeiführen.

**Legien, Vorsitzender der Generalkommission,** stellt eine Aeußerung Körsens bezüglich der finanziellen Leistung der Weisgerber in Berlin richtig und bemerkt, daß den Weisgerbern die Unterstützung auf Grund der Halberstädter Konferenz entzogen wurde. Wenn bürgerliche Blätter eine Nachricht der Generalkommission früher bringen konnten, als der „Vorwärts“, so kann nur ein Vertrauensmann die Schuld tragen. Hätten die Lokalorganisationen sich zahlreicher vertreten lassen wollen, so konnten sie dieses; durch die Form der Einladung waren sie nicht verhindert.

**Faber-Berlin:** Die ausgedehnte Diskussion hat Legien veranlaßt, der schon Eingang der Generalkommission gegen Angriffe vertheidigte, die von dieser Versammlung nicht erhoben wurden. Elm hätte besser gethan, über den Marktenverfall in Berlin zu schweigen oder Thatsächliches zu berichten. Nicht die Marken der Generalkommission wurden vernichtet, sondern die der Tabakarbeiter, um die Generalkommission kräftiger unterstützen zu können und Einheitslichkeit in die Sammlungen zu bringen. Wäre der Maisfonds seinem bestimmten Zweck zugewendet worden, dann wären die Sammlungen reichlicher ausgefallen. Die Generalkommission hat die Glasarbeiter-Charlottenburg, die sie zu unterstützen hatte, der Berliner Streik-Kontrollkommission zugewiesen und diese Kommission hat gethan, was in ihren Kräften stand. Redner legt Verwahrung dagegen ein, alle Berliner mit den „Jungen“ auf eine Stufe zu stellen, über Verhältnisse, die man nicht kennt, soll man nicht reden.

Hiermit schließt man die Debatte über den Bericht der Generalkommission.

**Legien als Vertreter der Generalkommission** erhält das Schlusswort. Er vermahnt die Generalkommission gegen den Vorwurf, daß sie nicht über die Verhältnisse informiert gewesen sei. Die Ausstände in Friedrichshagen und Charlottenburg wurden nicht unterstützt, weil keine Mittel vorhanden waren. Die Antipathie gegen die Generalkommission datirt nicht erst seit der Verwendung des Maisfonds, sie war vom Tage an, welchem die Kommission ins Leben gerufen wurde, vorhanden. Die Angriffe gegen die Generalkommission haben ja theilweise ihre Berechtigung, wir haben eingesehen, Fehler gemacht zu haben, man muß eben beachten, daß wir nichts hatten, worauf wir uns stützen konnten als eine Sympathie-Erklärung. Wir haben die Ueberzeugung, gethan zu haben, was in unseren Kräften stand, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich war.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Delegierten Mehger-Hamburg, Timm-Berlin, Dahler-Hamburg, v. d. Elm-Hamburg, Behrend-Berlin, Peter-Berlin, Körner-Berlin, Kloß-Stuttgart, Bayer-Leipzig und Junge-Stuttgart. Dann wird angeregt, einen Theil eines Schreibens des „Verbandes der Berliner Logen“ zu verlesen, in welchem gegen die Form der Einladung zum Kongress protestirt wird. Dem Antrag gemäß wird beschlossen und verliest der Vorsitzende den ersten Theil der Zuschrift. Es heißt darin: Die Logen werden sehen von der Beschickung des Kongresses ab, weil den Lokalorganisationen nicht genügend Rechnung getragen wurde. Es wird protestirt gegen die Behandlung der Lokalorganisationen durch die Generalkommission und von der Organisationsform, welche die Generalkommission in Vorschlag gebracht hat, eine Versumpfung der Arbeiter befürchtet.

Ueber das Schreiben wird zur Tagesordnung übergegangen.

### Vierte Sitzung.

Bei Eröffnung der Sitzung giebt der Vorsitzende eine Reihe von Telegrammen und Begrüßungsschreiben bekannt, worauf eine von 20 Delegirten unterzeichnete Resolution zur Verlesung gelangt, welche sich gegen den Organisationsentwurf der Generalkommission ausdrückt und Lokalorganisationen mit dem System der Vertrauensmänner empfiehlt. Weiter wird ein von 22 Delegirten unterzeichneter Antrag mitgeteilt, welcher verlangt, daß alle Organisationen ihre Statuten dahin ändern, daß auch

Frauen der Beitritt zu den gewerkschaftlichen Vereinigungen ermöglicht wird. Legien, der Vorsitzende der Generalkommission, begründet hierauf den Organisationsentwurf der Generalkommission. In seiner einstündigen Rede betont Legien, daß die von der Generalkommission vorgeschlagene Organisationsform unter den gegebenen Verhältnissen die einzig zweckmäßige sei, zu Industrieverbänden, wie sie von dem Verbands der Metallarbeiter gewünscht werden, halte er die Zeit noch nicht für gekommen. Dem unerschütterlichen Vertrauen müsse Rechnung getragen werden, auch komme in Betracht, daß in Deutschland die Produktionsweise keineswegs so weit entwickelt sei, um diese Massenorganisation als durchführbar erscheinen zu lassen. Selbst in England, wo die Produktionsverhältnisse weiter vorgeschritten sind, als bei uns, wo man schon seit 50 oder 100 Jahren organisiert sei, habe man die Berufsorganisation durchgeföhrt. Für die Metallarbeiter in England sind nicht weniger als 11 Organisationen vorhanden. Für Deutschland spreche noch ein ganz wesentliches Moment gegen die Industrieverbände, nämlich die geringe Leistungsfähigkeit gewisser Arbeiterkategorien und die Verschiedenheit der Beiträge der einzelnen Organisationen. Dieselben differirten bei den Organisationen der Holzindustrie zwischen 7/8 und 30 Pf. die Woche. Für die Metallarbeiter möge die von dem Verbands der deutschen Metallarbeiter ins Leben gerufene Organisation geboten erscheinen, der Kongress habe aber auf alle Arbeiter Rücksicht zu nehmen, besonders auf die zahlreichen Arbeiter des Kleingewerbes. Wir ständen in Deutschland erst am Anfang der Organisation, wir könnten keine Sprünge machen, wir müßten erst gehen lernen. Was die lokale Organisationsform betrifft, so genüge dieselbe den heutigen Verhältnissen nicht mehr.

Mit sogenannten geistigen Bändern, mit Sympathie-Erklärungen und Resolutionen ist nichts gebietet, denn wir leben in einer durchaus praktischen Zeit, in welcher nur Dasjenige Werth hat, was man thatsächlich festhalten und auf dem man bauen kann.

Das Unternehmertum bemüht sich immer mehr, gleichfalls Organisationen zu errichten und diese zu zentralisieren. Schon deshalb wird man nicht in Abrede stellen können, daß diesem wohlorganisirten Kapitalistenbunde nur eine in allen Theilen einigte, festgegliederte Organisation, wie sie durch die Zentralisation gegeben ist, Widerstand zu leisten vermag.

Von den Gegnern der Zentralisation wird gesagt, daß ein wesentliches Moment der Fortentwicklung für die Arbeiterbewegung die Bildung, und zwar politische Bildung jedes einzelnen Genossen sei. Nach den bestehenden Vereinsgesetzen kann eine Verbindung solcher, politische Aufklärung verbreitender Vereine aber nicht geschaffen werden, denn man würde, wie die Beispiele zeigen, jede auch noch so geringfügige Ueberschreitung der Grenzen der gewerkschaftlichen Fragen mit der größten Strenge ahnden. Deswegen erscheine es gerathener, von einer zentralisirten Verbindung Abstand zu nehmen und in den lokalen Vereinen gleichzeitig neben den gewerkschaftlichen Fragen auch die politischen zu erörtern. Die Gewerkschaften haben aber eine wesentlich andere Aufgabe als die politische Partei-Organisation.

Es liegt nicht der geringste Grund vor, zu befürchten, daß die Gewerkschaften durch ihre Thätigkeit eine Verimpfung der Arbeiter herbeiföhren könnten, wenn sie auch keine politischen Fragen erörtern. Mögen die Gegner der Zentralisation ihre Aufgabe nur voll und ganz erfassen und es nicht dabei bewenden lassen, einen Verein als der politischen Thätigkeit sich widmend hinzustellen und in diesem Verein nachher weniger nach dieser Richtung hin zu leisten, als solche, die sich ausgesprochen auf gewerblichen Standpunkt stellen. Es wäre ein müßiger Streit, entscheiden zu wollen, welche Organisationen mehr dazu beitragen haben, das Anwachsen der Arbeiterpartei zu zeitigen, jedenfalls aber dürfte ein nicht geringer Theil der Erfolge, welche auf diesem Wege errungen worden sind, den Zentralisationen zu-fallen.

Was die übrigen in Vorschlag gebrachten Organisationsentwürfe betrifft, so wäre noch die vom Verbands der Zimmerer in Betracht zu ziehen, an welche sich der neue Organisationsentwurf der Generalkommission anschließt. In erster Linie halte die Generalkommission an dem vorliegenden Entwurf fest, eventuell empfehle sie den neueren Entwurf, welcher nicht sofort die Zusammenschließung in Unionen verlangt, sondern eine Einrichtung, die früher oder später zur Union föhrt. Selbstverständlich soll keine Organisation, welche heute schon die Grenzen weiter gezogen hat, veranlaßt werden, wieder zur Berufscentralisation zurück-zukehren. Der Metallarbeiter-Verband wird anerkennen sein, es handle sich nicht darum niederzuerstehen, sondern aufzubauen.

Die Delegirten mögen sich nun in jeder Richtung über die gestellten Anträge äußern und dann auf den Spezialkongress endgültig entscheiden, welche Organisationsform sie für die zweckmäßigste erachten.

## Versammlungen.

Eine von etwa 400 Personen besuchte Volksversammlung verhandelte am 15. März im Saale der Brauerei Friedrichshagen über die Stellungnahme der Berliner Arbeiter gegenüber den Wirthen, welche denselben ihre Lokalkästen zum 1. Mai verweigern. Es handelte sich hier um einen speziellen Fall, den Genosse Wernau den Versammelten darlegte. Danach hat sich der Deonom des Establishments „Brauerei Friedrichshagen“ (früher Pils) geweigert, seit Lokal zu den am 1. Mai stattfindenden Arbeitersitzungen herzugeben. Dieses Vorgehen motivirte er damit, daß am 1. Mai die Konzertfaison beginne und er kontraktlich verpflichtet sei, eine Militärkapelle an dem Tage in seinem Lokale für 240 M. spielen zu lassen. Die Beauftragten der Arbeiter erklärten sich bereit, die 240 M. zu zahlen, aber auf das Konzert dieser Kapelle zu verzichten. Der Deonom habe aber an seinem Entschlusse festgehalten. Man müsse, so meinte der Redner, hiergegen Front machen. Ein Nachgeben in diesem Falle würden sich andere Wirthse zu Ruhe machen. Gehe der Deonom nicht auf die Bedingungen der Arbeiter ein, dann müsse das Bier der Brauerei Friedrichshagen boykottirt werden. (Allgemeine Zustimmung.) Die Genossen Engler, Wille, Baumgart, Sutter, Bogasch und Preuß äußerten sich im Sinne des Referenten. Mittlerweile hatten sich die Genossen Wernau und Pöck nochmals an den Wirth des Lokals gewandt und konnten der Versammlung die befriedigende Mittheilung machen, daß sich dieser nunmehr verpflichtet habe, gegen ein Entgelt von 240 M. sein Establishment den Arbeitern zum ersten Mai zu überlassen. Der Wirth selbst bestätigte dies darauf den Anwesenden. Damit war diese Angelegenheit erledigt. Unter „Anwesenden“ wurde, nachdem Genosse Pöster dieselbe begründet hatte, folgende Resolution gefaßt:

Die Versammlung erklärt, dahin wirken zu wollen, daß zu Vergütungen, Versammlungen u. der Arbeiter von den betreffenden Wirthen die Kosten der kostenlosen Arbeitsnachweise des Vereins der Gastwirthsgewerkschaften entnommen werden und daß mehr als bisher die Kosten nach dem Kennzeichen ihrer Zugehörigkeit zum Verein befragt werden.



Eine Frage, ob das Suggenhausen'sche Lokal gesperrt sei, wurde von Bernau dahin beantwortet, daß dies augenblicklich der Fall wäre. Der Deonom Müller wolle es aber, wenn die von der Polizei geforderten baulichen Veränderungen vorgenommen sind, wieder für Versammlungen hergeben. Eine weitere Frage dahingehend, ob das Lokal, in welchem Bebel's 25 jähriges Parlaments-Jubiläum gefeiert wurde, boykottiert sei, beantwortete Bernau ebenfalls. An jenem Festtage seien die Verhandlungen mit dem Wirthe desselben noch in der Schwebe gewesen. Vordem habe man sich nie an diesen um Ueberlassung seiner kleinen Räumlichkeiten zu Versammlungen gewandt, darum wäre das Lokal auch nicht auf der alten Liste gewesen, während es auf der neuen fehle, weil die Verhandlungen mit dem Inhaber noch nicht zu Ende geführt waren. Uebrigens hätten auf das Vorhalten von Lokal-Kommissionsmitgliedern die Personen, welche das Arrangement jenes Festes übertragen bekommen haben, eingesehen, daß sie mit der Wahl des Lokals einen Fehler begingen. Genosse Friß, Vertrauensmann im 3. Wahlkreis erklärte hierauf, daß die Genossen des 3. Kreises nie auf jenes Lokal reflektirt hätten, da es eigentlich nur ein gewöhnliches Bierlokal sei. Unter den Umständen habe auch Niemand daran gedacht, es als boykottiert zu betrachten, obgleich es nicht auf der Liste der freigegebenen Lokale stand. Nachdem Genosse Wumpel noch zu reger Theilnahme an der Flugblätter-Vertheilung im 22. Wahlbezirk aufgefordert hatte, gingen die Versammelten mit einem donnernden Hoch auf die Sozialdemokratie auseinander.

Die Töpfer Berlins und Umgegend waren am 8. März etwa 600 Mann stark versammelt, um sich über die Organisationsfrage schlüssig zu machen. Die Kollegen H. Wolff (als Referent) und Heineke aus Hamburg sowie Kollege Jakob bei stellten sich auf den Standpunkt der vereinsmäßigen Zentralisation, während Kollege Thiemer, als Korreferent, und die übrigen Redner für die sogenannte Lokalorganisation plädierten. Sechs Stunden lang wurde mit Ernst, Eifer und vielem Verständnis für und wider diskutiert. Hinter jedem Berliner Kollegen sprach ein Hamburger. Schließlich gelangten folgende Resolutionen zur Annahme:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten nicht einverstanden, sondern ist der Ansicht, Vereinigungen, in denen, wie der Organisationsentwurf der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands klar ausdrückt, die Politik mit aller Schärfe ausgeprochen wird, sich nicht anschließen zu können; 1. weil bei der Auslegung unserer mangelhaften Vereinsgesetze durch den hiesigen Nichtstand sich gar keine Grenzen ziehen lassen zwischen gewerkschaftlichen und politischen Vereinigungen, und weil ferner der neue Kurs nach Fortfall des Sozialistengesetzes doch nur der alte geblieben ist, ja im Gegentheil sich noch verschärft hat; 2. da Streiks bei der naturgemäß sich vollziehenden Konzentration des Kapitals in immer weniger Händen aussichtslos sind; 3. weil das allzu scharfe Ausschließen der Politik unbedingt zur Versumpfung führen muß. Die Versammlung ist vielmehr der Ansicht, daß diejenige Organisationsform die beste ist, die ihren Mitgliedern die größte Ausbildung in allen den Arbeiter interessirenden Fragen bietet, und hält hierzu die lose Zentralisation auf dem Vertrauensmänner-System für die geeignetste und verspricht, mit allen Kräften dieselbe auszubauen und so

einen Theil mit beitragen zu helfen zur endlichen Erlösung des Proletariats von der Lohnsklaverei.“

Die heutige öffentliche Versammlung der Töpfer Berlins und Umgegend erklärte sich mit dem Vorschlage des Generals-ausschusses betreffs Beschickung des Halberstädter Gewerkschaftskongresses einverstanden und erwartet von den Vertretern der Töpfer Deutschlands, daß dieselben unseren bekannten Standpunkt in dieser Frage auch dort aufrecht erhalten. Wir sind nicht der Ansicht, daß nach den gemachten Vorschlägen, behufs Bildung von Unionen, sondern nach unserer Ansicht der Werth der Organisation darin besteht, wie schon oft genug ausgesprochen, die Bildung der Berufsgeoffen als solche auf allen Gebieten zu pflegen.“

Die Hausdiener und Berufsgeoffen tagten am 8. März in einer öffentlichen, sehr gut besuchten Versammlung. Nachdem die Hausdiener Albert Herrmann, Otto Plath und Walter in das Bureau gewählt waren, sprach Reichstags-Abgeordneter Singer über „die Verhandlungen im Nothen Hause betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe“. Die Versammelten gaben mit begeistertem Beifall während des Vortrags und am Schlusse desselben ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten Ausdruck, was auch sämtliche Redner thaten, welche in der Diskussion, die dem Vortrage folgte, das Wort ergriffen. Zwei Resolutionen, welche diese Zustimmung besonders erklären, wurden einstimmig angenommen. Die Versammlung beschloß dann, am 18. März auf den Gräbern der Märzgefallenen durch das Bureau der Versammlung einen Kranz niederlegen zu lassen. Kollege Uthoff beantragte, folgender Resolution zuzustimmen:

„Die heutige Hausdiener-Versammlung protestirt energisch gegen das Verfahren der Firma Gebr. Simon, Klosterstr. 88, bei der jeglichen Arbeitslosigkeit noch Feuerwehrlente als Hausdiener zur Aushilfe zu beschäftigen. Die Versammlung erwartet von der vorgesetzten Behörde dieser Beamten, daß sie dieselben nicht zu dem Zwecke hergiebt, dem stellenlosen Hausdiener die Möglichkeit zu nehmen, Arbeit zu erlangen.“

Der Antragsteller bemerkte, daß 14 Feuerwehrlente in obiger Weise verwendet worden seien. Genosse Singer schlug vor, diesen Antrag dahin zu erweitern, daß das Bureau der Versammlung beauftragt wird, dem Kommando der Feuerwehr von diesem Falle Mittheilung zu machen und Auskunft darüber zu verlangen, ob eine derartige Privatbeschäftigung der Feuerwehrlente gebilligt und zugelassen wird, um Klarheit in die Sache zu bringen. Am nächsten Tage werde ja Reklamation, auch Soldaten sehe man vielfach in gleicher Weise verwendet. Das dürfe der Steuerzahler sich nicht gefallen lassen. Erfolge in diesem Falle von dem Kommando der Feuerwehr keine befriedigende Auskunft, so könne man ja weiter mit einer Petition an den Reichstag gehen. Die Versammlung stimmte der Resolution und der vorgeschlagenen Erweiterung des Antrages zu. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie gingen die zahlreich Erschienenen auseinander.

Eine öffentliche Versammlung der gewerblichen Hilfsarbeiter fand am 8. März statt. In derselben waren besonders eingeladen alle in Del., Licht-, Seifen-, Gummiwaaren-, Konserven-, Misch-, Essenz-, Anilin- und Filzschuhfabriken, sowie in Elektricitätswerken, Gasanstalten, Erdarbeiten und

Färbereien beschäftigten und alle noch nicht organisierten Hilfsarbeiter. Die Versammlung war einberufen, um die in einer anderen öffentlichen Versammlung der gewerblichen Hilfsarbeiter beschlossene Gründung eines alle Branchen derselben umfassenden „Allgemeinen Arbeitervereins“ endgiltig zu vollziehen. Leider war der Besuch so schwach, daß sowohl die Statutenberatung wie die Erziehung für die aus ihren provisorischen Aemtern geschiedenen Kollegen Krenn und Bendi bis zur nächsten öffentlichen Versammlung vertagt wurden. Der Ertrag der Zellerfassung wurde den gemahregelten Kollegen Thal zugewiesen. Einen Antrag, an den Halberstädter Kongreß ein Glückwunschtelegramm abzusenden, lehnte man ab.

Die öffentliche Versammlung der Knopfarbeiter, welche am 9. März tagte, ehrte zunächst das Andenken des dahingegangenen Genossen Otto Reimer aus Hamburg durch Erheben von den Plätzen. Hierauf sprach Reichstags-Abgeordneter Schmidt-Frankfurt in einstündiger Rede über die Entziehung der Gewerkschafts-Organisationen und deren Unterdrückung durch den Kapitalismus. In der Diskussion traten die Kollegen Spiess und Weispland den Ausführungen des Referenten bei und tadelten besonders den Indifferentismus der Kollegen, welcher häufig sogar nur auf persönlichen Zwistigkeiten beruhe. Im Schlusssatz empfahl der Referent den Anschluß an die Zentral-Organisationen; wo dies infolge von Branchenverhältnissen u. a. unbillig nicht möglich sei, solle man wenigstens Lokal-Vereinigungen bilden, um so dem Kapitalismus vereint gegenüber treten zu können. Es wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die in Puff Salon versammelten Knopfarbeiter Berlins und Umgegend erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erkennen an, daß nur in einer strammen Organisation dem Sitten der Löhne ein Damm entgegengesetzt werden kann. Es verpflichten sich daher alle Anwesenden, soweit sie noch keiner Organisation angehören, sich dem Verein zur Wahrung der Interessen der Knopfarbeiter Berlins anzuschließen.“

Weiter wurde beschlossen, seinen eigenen Delegirten zum Kongreß nach Halberstadt zu entsenden, dagegen sich den Beschlüssen, welche dort gefaßt werden, zu fügen. Nachdem erstattete Kollege Uthoff Bericht über die Streit-Kontroll-Kommission. Die Versammlung erklärte sich durch eine Resolution mit den Beschlüssen der Streit-Kontrollkommission einverstanden und machte dieselben zu den ihrigen. Mit der Aufforderung, daß alle Knopfarbeiter der Organisation beitreten möchten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Im Verein der Einseher Berlins und Umgegend sprach kürzlich Theodor Meyner unterm Beifall der Versammlung über Gewerbe-Schiedsgerichte. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Schönberg, Schubert und Pitter, worauf folgende Resolution einstimmig zur Annahme gelangte:

„Die Versammlung der Einseher ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erklärt in die Wahl zum Gewerbegericht einzutreten und energisch dahin wirken zu wollen, daß Personen gewählt werden, welche die Interessen der Arbeiter voll und ganz vertreten.“

Wegen Beleidigung des Vorstands und auf Antrag desselben wurde dann ein Mitglied mit 30 gegen 8 Stimmen aus dem Verein ausgeschlossen.

## Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Berlin SW., Beuthstraße 2.

Wie im verflossenen, so wird auch in diesem Jahre in unserem Verlage Mitte April ein zur Maifeier bestimmtes

# Mai-Festblatt

erscheinen. Dieses Mai-Festblatt soll diesmal nicht nur 4 Seiten umfassen, sondern 8 Seiten in Groß-Quartformat.

Ebenso wird in illustrierter Hinsicht alles ausgeboten werden, um dem Blatte ein festliches Gewand zu geben.

Die erste Seite soll eine Titeldignette schmücken, eine Idealsignur darstellend, ferner das einleitende Maigedicht ausfüllen. Ein Kunstblatt über die vierte und fünfte Seite wird die Huldigung der Arbeit und Wissenschaft an die Göttin der Freiheit veranschaulichen.

Der textliche Inhalt, auf dessen Auswahl und Redaktion besondere Sorgfalt verwendet wurde, wird u. A. bringen: Geschichte der Achtkunden-Bewegung in den einzelnen modernen Industrielandern. — Mai-Prozess in Italien. — Die letzten Arbeiterschul-Veruche in Deutschland. — In die Landarbeiter Deutschlands. — Labor Day (Arbeitertag) in Amerika. — Aus dem Auslande. — Aus dem geistigen Kampfe gegen die Sozialdemokratie. — Gedichte und Festlieder u.

Das diesjährige Mai-Festblatt wird also sowohl nach dem textlichen Inhalt, wie nach der künstlerisch illustrierten Seite hin reicher und vortheilhafter ausgestattet sein, als das vorjährige und somit für die deutschen Arbeiter ein dauerndes Erinnerungs-Blatt an die diesjährige Maifeier bleiben. Am rechtzeitig die voraussichtlich hohe Auflage des Festblattes feststellen zu können, bitten wir die Genossen, uns so schnell als möglich ihren Bedarf anzugeben. Bestellungen, die bis zum

**20. März rr.**

in unseren Händen sind, werden rechtzeitig und in der Höhe der gewünschten Anzahl erledigt. Für später einkaufende Bestellungen können wir keinerlei Garantie für pünktliche Lieferung übernehmen.

Der Preis stellt sich für das Einzel-Exemplar auf

**10 Pfennig im Verkauf.**  
In Partien in jedem Quantum pro Exemplar  
**5 Pfennig netto.**

Wir ersuchen unsere Parteigenossen für die Verbreitung des „Festblattes“ recht thätig sein zu wollen und sehen zahlreichen Aufträgen entgegen.

Sieben in **dritter** Auflage erschienen:

## Herrn Eugen Richter's Bilder aus der Gegenwart.

Von Franz Mehring.

Preis 30 Pf. Für Vereine und behufs Massenverbreitung Vorzugspreise nach Vereinbarung.

**J. Semmel, prakt. Zahn-Arzt,**  
Oranienstr. 55, Moritzplatz. Spr. 9-1, 3-5. In der Poliklinik für Unbemittelte 8-9 Vm., 1-3, 5-6 Nachm. (Müsil. Zähne 2 Mar.).

**Musikinstrumente.**  
Lager in Fithern, Violinen, Gitarren, Harmonikas. Alle Glasinstrumente, Trommeln, Flöten und Klarinetten, Spieldosen zum Drehen und selbst spielend, Albums und Bierfidel mit Musik. Musikwerke-Verleih, alle mit Arbeiterliedern. Theilzahlung gestattet.  
**Aug. Kessler, 51 Laufitzerstr. 51, am Platz.**

**Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.**  
Ganze Ausstattungen in Mahagoni u. Nußbaum; Büchermöbel in großer Auswahl empfiehlt  
**Franz Tutzauer, Köpenickerstr. 25.**

**Butter- und Käse-Handlung**  
en gros von en detail  
**P. Schulze.**  
I. Geschäft: Fossenerstraße Nr. 43, zwischen Gneisenau- u. Fürbringerstraße.  
II. Geschäft: Marheineckerplatz, Markthalle XI, Stand 105, neu eröffnet.

**Altenberg's chem. Färberei, Bäjerei, Garderob.-Reinig.-Anstalt,** Neue Jakobstr. 9, Brannenstr. 123, Andreasstr. 54, Fruchtstr. 26, Potsdamerstr. 57/58, emp. f. s. Färb. u. Reing. v. Garderob. jed. Art. Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 Mt. p. Std., Bettdeck. gef. 1,25 Mt. p. Stück. Percen-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzreinigung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben.  
2089L

## Das Herren- und Knaben-Garderoben-Geschäft

Gegründet 1867. **D. PERLEBERG** Gegründet 1867.  
Chausseestraße Nr. 57, Ecke Tiesenstraße.

empfehlend zur bevorstehenden Frühjahrs- und Sommer-Saison sein in umfangreichster Auswahl bestehendes Lager in fertiger Herren- sowie Knaben-Konfektion. Sämtliche von mir zum Verkauf fertiggewordene Paare bestehen ausschließlich aus nur reinwollenen Stoffen vom einfachsten bis zum feinsten Genre, die in sauberster Ausführung in eigenen Werkstätten wie hinlänglich bekannt durch tadellosen Sitz und höchste Eleganz zu billigsten Preisen abgeben. Mein in reichster Auswahl aus den verschiedensten Fabriken des In- und Auslandes bestehendes Stofflager bringe hiermit in empfehlende Erinnerung und werden Bestellungen nach Maass unter Leitung erster Kräfte bei Garantie des guten Sitzens in kürzester Zeit ausgeführt.

Verantwortlicher Redakteur August Enders in Berlin Druck und Verlag von Max Gading in Berlin SW., Beuthstraße 2.